

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Jiří Kosta

Wirtschaft und Politik in der Tschechoslowakei

Das Dilemma des Husák-Regimes

Hubertus Knabe

Der Kadarismus und seine Auswirkungen
auf das politisch-soziale System in Ungarn

Roland Schönfeld

Rumänien: Hoher Preis der Autonomiepolitik

B 36—37/87

5. September 1987

Heinrich Georg (Jiří) Kosta, Dr. rer. pol., geb. 1921 in Prag; 1962–1968 Mitarbeiter des Ökonomischen Instituts der Akademie der Wissenschaften, Prag; von 1971 bis zur Emeritierung am 1. April 1987 Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere sozialistische Wirtschaftssysteme, an der Universität Frankfurt a. M.

Veröffentlichungen u. a.: Sozialistische Planwirtschaft. Theorie und Praxis, Opladen 1974; Abriss der sozialökonomischen Entwicklung der Tschechoslowakei, Frankfurt 1978; (zus. mit J. Meyer) Volksrepublik China. Ökonomisches System und wirtschaftliche Entwicklung, Frankfurt-Köln 1976; (Hrsg. zus. mit J. Huber) Wirtschaftsdemokratie in der Diskussion, Köln-Frankfurt 1978; Wirtschaftssysteme des realen Sozialismus, Köln 1984; (zus. mit P. Gey und W. Quaisser) Sozialismus und Industrialisierung, Frankfurt 1985.

Hubertus Knabe, geb. 1959; Studium der Geschichte und Germanistik; Publizist; 1985–1987 Forschungsaufenthalt in der Volksrepublik Ungarn.

Veröffentlichungen u. a.: Volksrepublik Ungarn – Geschichte und Gegenwart, in: Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium (SOWI), (1983) 3; „Der Mensch mordet sich selbst“. Ökologiekritik in der erzählenden DDR-Literatur, in: Deutschland Archiv, (1983) 9; Gesellschaftlicher Dissens im Wandel. Ökologische Diskussionen und Umweltengagement in der DDR, in: Redaktion Deutschland Archiv (Hrsg.), Umweltprobleme und Umweltbewußtsein in der DDR, Köln 1985; Ungarn – die fröhlichste Baracke im Lager, in: Anders Reisen Osteuropa, Reinbek 1985; Der schwierige Kulturdialog in Europa. Anmerkungen zum KSZE-Kulturforum in Budapest, in: Osteuropa, (1986) 5.

Roland Schönfeld, Dr. oec. publ., geb. 1930; Leiter der Geschäftsführung und Mitglied des Präsidiums der Südosteuropa-Gesellschaft; Präsident der Studiengesellschaft für Fragen mittel- und osteuropäischer Partnerschaft; Mitglied im Lenkungsausschuß des Arbeitskreises für Ost-West-Fragen im Auswärtigen Amt; Lehrbeauftragter der Hochschule für Politik der Universität München.

Veröffentlichungen u. a.: Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe als Instrument sozialistischer ökonomischer Integration und sowjetischer Hegemonie; in: Georg Brunner/Theodor Schweisfurth/Alexander Uschakow/Klaus Westen (Hrsg.), Sowjetsystem und Ostrecht (Festschrift für Boris Meissner), Berlin 1985; (Hrsg.) Reform und Wandel in Südosteuropa, München–Wien 1985; Außenwirtschaft, in: Klaus-Dieter Grothusen (Hrsg.), Südosteuropa-Handbuch, Band V, Ungarn, Göttingen 1987; Außenpolitische Verhaltensmuster der kleineren Warschauer Pakt-Staaten, in: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Weltpolitik. Strukturen – Akteure – Perspektiven, Bonn 1987².



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983, 1984, 1985 und 1986 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Wirtschaft und Politik in der Tschechoslowakei

Das Dilemma des Husák-Regimes

I. Einführung

Der 21. August 1968 setzte einem der bedeutsamsten Kapitel der tschechoslowakischen Geschichte ein jähes Ende¹⁾. Hatte das Bemühen um einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ im Prager Frühling des gleichen Jahres seinen Höhepunkt erreicht, so schien die von Moskau initiierte militärische Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten eine Systemreform für unabsehbar lange Zeit zunichte gemacht zu haben. Die Installation der sowjetkonformen Führung um Husák, die mit der Ablösung von Dubček im April 1969 besiegelt war, geschah unter Bedingungen, die durch die folgenden, gegenüber dem Vorjahr völlig veränderten Sachverhalte gekennzeichnet werden können:

– Der historisch einmalige Konsens zwischen einer KP-Führung und der Mehrheit der Bevölkerung, der während des Einmarsches der Truppen des Warschauer Paktes seinen Höhepunkt gefunden hatte, war in totale Feindseligkeit gegenüber dem „von fremden Gnaden“ residierenden Husák-Regime umgeschlagen.

– Gegen die Besatzungsstreitkräfte gab es kaum bewaffneten Widerstand – nicht zuletzt, nachdem Dubček seine Landsleute zur Ruhe ermahnt hatte –, und auch die anfänglich wirksamen passiven Resistenzformen erlahmten allmählich; die um sich greifende Apathie der Menschen zeigte sich im Niedergang der Arbeitsmoral und damit der gesamtwirtschaftlichen Leistung.

– Die mit der Okkupation einhergehende allgemeine Unsicherheit hatte im Herbst 1968 panikartige Hamsterkäufe der Konsumenten ausgelöst die das ohnehin rückläufige Angebot weiter minderten.

– Das Ungleichgewicht zwischen Güterangebot und kaufkräftiger Nachfrage vergrößerte sich darüber hinaus infolge von Lohnerhöhungen, nachdem die Politiker zunächst aus Angst vor eventuellen Arbeiterunruhen diversen Forderungen nachgegeben hatten.

– Säuberungen, Entlassungen und andere Formen der Repression gegen ehemalige Protagonisten der

Reformbewegung – insbesondere gegen diejenigen, die nicht gewillt waren, Selbstkritik zu üben und „Irrtümer zu widerrufen“ –, Emigrationswellen, solange eine Ausreise möglich war: all das trug zum Gefühl der Ohnmacht und zur allgemeinen Resignation in der tschechoslowakischen Gesellschaft bei.

Angesichts dieser Situation wählte die neue Führung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KPČ) eine Strategie der wirtschaftlichen „Konsolidierung“ und politischen „Normalisierung“ – so die offizielle Terminologie –, die den Eigeninteressen der Herrschaftssicherung entsprach. „Konsolidierung“ bedeutete die Wiederherstellung des ökonomischen Gleichgewichts als Ausgangsbasis für einen allmählichen Aufschwung, der eine bessere Befriedigung der Konsumbedürfnisse ermöglichen sollte. „Normalisierung“ hieß im Klartext die Restaurierung der Monopolherrschaft des Parteiapparats, euphemistisch als „führende Rolle der Partei“ bezeichnet.

Die zweifellos schwierigere Aufgabe lag auf wirtschaftlichem Gebiet, denn hier war angesichts des bestehenden Nachfrageüberhangs eine Einkommensdrosselung notwendig. Eine günstige Voraussetzung für die „Normalisierung“ der politischen Verhältnisse – und letzten Endes auch für die „Konsolidierung“ im Sinne eines Lohn- und Prämienstopps – bildete die Mutlosigkeit breiter Bevölkerungsschichten, nachdem im Herbst und Winter sporadische Zeichen des Aufbegehrens (die Selbstverbrennung des Studenten Jan Palach und die Anteilnahme an seinem Begräbnis, die Demonstrationen anlässlich des Sieges über die Sowjetunion bei der Eishockey-Weltmeisterschaft, die zur definitiven Entmachtung Dubčeks beitrugen, u. a. m.) schnell verblaßt waren²⁾.

Den Machthabern war jedoch gleichzeitig klar geworden, daß Repressionen und Einschränkungen allein weder das angestrebte politische Machtgefüge sichern, noch den anvisierten wirtschaftlichen

¹⁾ J. Kosta, Abriß der sozialökonomischen Entwicklung der Tschechoslowakei 1945–1977, Frankfurt a. M. 1978.

²⁾ Zur Chronologie der damaligen Ereignisse vgl. Z. Hejzlar/V. Kusin, Czechoslovakia 1968–1969, New York-London 1975.

Genesungsprozeß längerfristig in Gang setzen würden.

Eine auf lange Sicht ausgerichtete Strategie erforderte einen weiterreichenden Lösungsansatz. Der neue Kurs, der sich 1970 herauskristallisierte, konnte an die vorausgegangene Wirtschaftspolitik anknüpfen, der es mit relativem Erfolg gelungen war, die kaufkräftige Nachfrage einzuschränken. Dieser sozialökonomische Kurs kann mit Mlynář als ein (ungeschriebener) „Kaufvertrag“ bezeichnet werden, der zwischen dem herrschenden Establishment und den entmachteten Bevölkerungsmassen „abgeschlossen“ werden sollte. Dieses freilich nirgendwo explizit formulierte Abkommen bestand darin, daß die Führung der Gesellschaft ein „anständiges Lebensniveau“ gewährleisten sollte, während diese ihrerseits die Alleinherrschaft der führenden Elite respektieren mußte. Die zutreffende Formulierung des ehemals prominenten KPČ-Politikers und ZK-Sekretärs Mlynář, eines heute in Wien lebenden Politikwissenschaftlers, lautet: „Für ein anständiges Lebensniveau haben die sozialen Gruppen und die Einzelnen ihre Autonomie an die Partei und Regierung verkauft.“³⁾

Eine erfolgreiche Realisierung dieser Strategie hatte davon auszugehen, daß dem Konsum eindeutige Priorität vor der Akkumulation, der Nahrungsmittel- und Konsumgüterproduktion vor der Herstellung von Investitionsgütern und Grundstoffen, der Leicht- vor der Schwerindustrie eingeräumt werden mußte. Dies war eine *conditio sine qua non*, wenn der Lebensstandard nicht vernachlässigt werden sollte, wie dies in der Tschechoslowakei in den fünfziger Jahren in Anlehnung an das sowjetische

Akkumulationsmodell geschehen war. Die Erkenntnis, daß ein entsprechender Kurswechsel notwendig wurde, hatte sich zum Ende der sechziger Jahre auch in anderen Ländern des realen Sozialismus durchgesetzt — man denke etwa an den von Honecker eingeschlagenen Weg nach 1970. Von Anbeginn hätte jedoch die allerdings politisch schwierige Frage gestellt werden müssen, inwieweit die starke Einbindung der ČSSR-Wirtschaft in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und die daraus resultierenden sektoralen Strukturen für eine konsumorientierte Strategie hinreichende Spielräume frei ließen. Ein anderes Hindernis für eine effizientere Entwicklung der Wirtschaft sind der unverhältnismäßig hohe Verbrauch von Produktionsgütern sowie andere Mängel, die dem Funktionsmechanismus der zentralen Planwirtschaft eigen sind und die durch eine bloße Veränderung der Planziele — etwa zugunsten der Landwirtschaft und der Konsumgüterindustrien — nicht beseitigt werden können.

In den folgenden Abschnitten soll chronologisch nachgezeichnet werden, welche Wege die tschechoslowakische Partei- und Staatsführung in den vergangenen zwei Jahrzehnten eingeschlagen hat, um den „Kaufvertrag“ einzuhalten, welche Ergebnisse dabei erzielt wurden und auf welche Faktoren die jeweils erreichten Resultate zurückzuführen sind. Abschließend soll kurz der Frage nachgegangen werden, welche Reformchancen sich unter dem Einfluß der von Gorbatschow eingeleiteten Politik der „Glasnost“ (Offenheit) und „Perestrojka“ (Umgestaltung) in der gegenwärtigen Tschechoslowakei abzeichnen.

II. Die frühen siebziger Jahre: wirtschaftliche Normalisierung und Wiederbelebung

Die restriktive Einkommenspolitik, die im Winter 1969/70 eingeleitet wurde, erfüllte die in sie gesetzte Erwartung. Drosselungen der Arbeits- und Sozial-einkommen bewirkten zwar 1970 eine spürbare Stagnation des privaten Konsums; dies war jedoch angesichts eines kräftigen Konsumbooms in der Reformperiode von 1966 bis 1968, die 1969 anhielt, zu verkraften. Bislang hat die parteioffizielle tschechoslowakische Historiographie verschwiegen, daß im Zeitraum, der zwischen der Einführung des marktorientierten Wirtschaftssystems 1966 und der

Intervention von 1968 lag, die Menschen vom Aufschwung deutlicher profitierten als je zuvor nach dem Zweiten Weltkrieg⁴⁾.

Vergleicht man die außerordentlich hohen volkswirtschaftlichen Wachstumsraten in den Reformjahren von 1966 bis 1968 — das „produzierte Nationaleinkommen“ nahm im Jahresdurchschnitt laut Statistik um 7,2% zu — mit dem Wachstum, das in der ersten Hälfte der siebziger Jahre erzielt worden ist (jahresdurchschnittlich 5,7%), dann ist zwar ein leichter Rückgang unverkennbar⁵⁾. Im Hinblick

³⁾ Z. Mlynář, Die Normalisierung in der Tschechoslowakei nach dem Jahre 1968, in: Normalisierungsprozesse im sowjetischen Mitteleuropa, Studie Nr. 1 des Forschungsprojektes „Krisen in den Systemen sowjetischen Typs“, Wien-Köln 1982/83.

⁴⁾ J. Kosta (Anm. 1), S. 150 ff.

⁵⁾ Der Begriff „Nationaleinkommen“ ist die zentrale volkswirtschaftliche Meßziffer in der Statistik der RGW-Staaten. Der wichtigste Unterschied im Vergleich zu westlichen

auf das extrem hohe Tempo der Vorperiode ist jedoch auch nach 1970 ein erheblicher Aufwärtstrend zu beobachten (vgl. Tab. 1). Es zeigte sich, daß der neue Kurs Früchte zu tragen begann. Schließlich gelang es, nicht nur das Nationaleinkommen deutlich zu steigern, sondern auch dessen Verwendung, stärker als dies in den fünfziger und frühen sechziger Jahren der Fall war, in Richtung Konsumtion zu lenken. So stieg der private Pro-Kopf-Verbrauch von 1971 bis 1975 um 4,2% im Jahresdurchschnitt.

Tabelle 1
Indikatoren der tschechoslowakischen
Wirtschaftsentwicklung 1976-1985
 (jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent)

	1966-70 ¹⁾	1971-75	1976-80	1981-82	1983-85
Produziertes Nationaleinkommen:					
insgesamt	6,9 (7,2)	5,7	3,7	0,1	3,0
je Einwohner	6,6 (6,7)	5,1	3,0	-0,1	2,6
Privater Konsum					
insgesamt	5,4 (6,5)	4,8	1,7	-0,3	1,9
je Einwohner	5,2 (6,0)	4,2	1,0	-0,6	1,6

¹⁾ in Klammern: Wachstumsrate der Reformjahre 1966-68.
 Quelle: Statistische Jahrbücher der CSSR.

Drei Umstände dürften zu der relativ günstigen Entwicklung der tschechoslowakischen Volkswirtschaft in den frühen siebziger Jahren beigetragen

Berechnungen besteht darin, daß nur die materielle Produktion („produktive Leistungen“) in die Rechnung einbezogen, aber — der marxischen Arbeitswertlehre entsprechend — der Bereich der Dienstleistungen bei dieser Methode wertmäßig nicht erfaßt wird. Im Vergleich zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in westlichen Industrieländern kann man feststellen, daß das Bruttosozialprodukt abzüglich der Abschreibungen (= Nettosozialprodukt) und abzüglich der Beiträge der nichtproduzierenden Bereiche dem „produzierten Nationaleinkommen“ etwa entspricht. — Alle in diesem Beitrag aufgeführten statistischen Daten sind Veröffentlichungen des Prager „Föderalen Statistischen Amtes“ entnommen. Wir nehmen dabei in Kauf, daß aufgrund methodischer Besonderheiten und systematischer Verzerrungen die Zahlen etwas überhöht sein können, da sie meist auf Meldungen der unter Erfolgsdruck stehenden Unternehmungen stehen. Dies dürfte die Einschätzungen dieses Beitrags, die den generellen Trend analysieren, nicht wesentlich beeinträchtigen.

haben⁶⁾. Erstens sind in der Landwirtschaft einige wichtige Reformelemente im Bereich der betrieblichen Entscheidungskompetenzen und Anreizinstrumente nach 1968 beibehalten worden. Dadurch konnte eine relativ gute Versorgung mit Agrarprodukten gewährleistet werden. Zweitens wirkte sich infolge des üblichen „time-lag“ erst jetzt die in den Reformjahren eingeschlagene Investitionspolitik aus, die den Konsumgüterindustrien Vorrang eingeräumt hatte. Dies war u. a. auch eine Folge der Marktsignale, auf die der Banksektor im Zuge der Reform zu reagieren begonnen hatte. Drittens verhielten sich Industrie- und Dienstleistungsbetriebe volkswirtschaftlich rationeller als in der Vorreformzeit des rigiden Planzentrismus, zumal dessen Wiederherstellung weder schlagartig noch in lupenreiner Form erfolgte. Darüber hinaus waren die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen relativ günstig, da der Ölpreisschock von 1973 und dessen Folgen erst Mitte der siebziger Jahre die tschechoslowakische Wirtschaft erreichten.

Auch das politische System schien zu dieser Zeit, nicht zuletzt infolge des funktionierenden „Kaufvertrags“, stabilisiert worden zu sein. Freilich dürfte sich das Husák-Regime durchaus bewußt gewesen sein, daß die überwiegende Mehrheit der tschechoslowakischen Gesellschaft seine Politik nicht aktiv, geschweige denn engagiert, unterstützte. Interessierte Beobachter stellten sich damals noch die Frage, ob die Führung der KPC nicht mit der Zeit doch eine Art Kádár-Kurs einschlagen würde, eine Politik, die es infolge allmählich durchgeführter Teilreformen auf wirtschaftlichem Gebiet und einer gewissen Auflockerung des politischen Systems erreichen könnte, einen etwas festeren Konsens zwischen Führung und Gesellschaft zu bewirken. Doch Husák wandelte sich nicht zu einem Kádár. Unsere Analyse wird zeigen, daß die anfänglichen günstigen Ergebnisse der wirtschaftlichen Entwicklung nicht aufrechterhalten werden konnten. Auf einem anderen Blatt steht, daß dem tschechoslowakischen Parteichef im Unterschied zu seinem ungarischen „Gegenspieler“ Eigenschaften fehlen, die einen von breiteren Bevölkerungskreisen akzeptierten Politiker kennzeichnen.

⁶⁾ J. Kosta, Wirtschaftspolitik in der Tschechoslowakei, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 4/81, S. 14 ff.

III. Der wirtschaftliche Abschwung in den späten siebziger Jahren: eine Verletzung des gesellschaftlichen „Kaufvertrags“

Der erwähnte Ölpreisschock von 1973 und der explosionsartige Anstieg der Rohstoffpreise auf den internationalen Märkten erreichte die tschechoslowakische Volkswirtschaft erst mit einer gewissen Verzögerung⁷⁾. Bis zum Jahr 1975 galten im Handel mit der Sowjetunion und den übrigen RGW-Ländern die Weltmarktpreise der späten sechziger Jahre. Nach der bis zu diesem Zeitpunkt gültigen Preisklausel wurden die durchschnittlichen Preise der internationalen (das heißt „kapitalistischen“) Märkte zugrunde gelegt, die dort im vergangenen Planjahr fünf (1966–1970) erzielt worden waren. Erst 1975 wurde im RGW eine neue Regel vereinbart, der zufolge der von Jahr zu Jahr neu berechnete Fünfjahresdurchschnitt der Weltmarktpreise als Preisbasis dienen sollte. Durch diese „Abfederung“ des Anstiegs der Importpreise, welche die tschechoslowakischen Staatshandelsbetriebe ihren Hauptlieferanten, den sowjetischen Außenhandelsgesellschaften, zu zahlen hatten, verschlechterten sich die „terms of trade“ (die Relation der Ausfuhr- zu den Einfuhrpreisen) für die ČSSR nicht „über Nacht“. Längerfristig betrachtet, war jedoch für das rohstoffarme Land der ungünstige Einfluß der Weltmarktbedingungen nicht aufzuhalten. 1980 mußte die ČSSR fast ein Fünftel mehr Güter in den Ostblock exportieren, um von dort die gleiche Menge an Rohstoffen zu importieren. Noch drastischer verschlechterten sich die Austauschbedingungen mit dem Westen, der jedoch als Lieferant von Grundstoffen eine untergeordnete Rolle spielte.

Die ungünstigen Einflüsse der Außenwirtschaft zeigen die in Tab. 1 zusammengefaßten Daten. Das Hauptproblem der tschechoslowakischen Wirtschaftsentwicklung war jedoch nicht durch externe Faktoren bedingt. Auch andere Volkswirtschaften, die auf Rohstoffeinfuhren und auf Ausfuhren von Fertigprodukten angewiesen sind, waren in den siebziger Jahren mit der gleichen Schwierigkeit konfrontiert: sowohl entwickelte Industrieländer, wie Staaten der Europäischen Gemeinschaft, als auch Länder auf einem etwas niedrigeren und deshalb eher vergleichbaren Entwicklungsniveau, wie etwa Spanien und Portugal oder auch die asiatischen Schwellenländer. Diese Länder hatten die extern bedingten Probleme weit besser bewältigt als die ČSSR. Woran es dem tschechoslowakischen

⁷⁾ J. Kosta, tschechoslowakisches Wirtschaftssystem um die Mitte der achtziger Jahre, in: Neuere Entwicklungen der tschechoslowakischen Volkswirtschaft, hrsg. vom Johann-Gottfried-Herder-Institut, Marburg 1986, S. 41 ff., hier S. 43 f.

Wirtschaftssystem mangelte, war die erforderliche Anpassungsfähigkeit, Flexibilität, Innovationsbereitschaft, die notwendige Effizienz des Ressourceneinsatzes. Daß es sich dabei um Mängel handelt, die dem System der zentral-administrativen Planwirtschaft eigen sind, war gerade in der Tschechoslowakei zwei Jahrzehnte zuvor eingehend diskutiert und belegt worden.

Tabelle 2
Vergleichsdaten der ersten und zweiten Hälfte
der siebziger Jahre
(jahresdurchschnittliches Wachstum in Prozent)

Indikator	1971–1975	1976–1980
Produziertes Nationaleinkommen	5,7	3,7
Verwendetes Nationaleinkommen	6,1	2,2
Industrieproduktion	6,7	4,5
Agrarproduktion	2,6	1,8
Arbeitsproduktivität	5,4	3,4
Kapitalproduktivität	0,0	-2,4
Pro-Kopf-Konsum	4,2	1,0
Arbeitseinkommen der Arbeiter u. Angestellten (real)	3,5	0,7

Quelle: Statistische Jahrbücher der ČSSR.

Die in Tab. 2 gegenübergestellten Vergleichszahlen belegen die rückläufige, äußerst ungünstige Entwicklung, die die zweite Hälfte der siebziger Jahre von der ersten unterscheidet. Während die Wachstumsrate des produzierten Nationaleinkommens noch mit etwa 3,7% — obwohl unterhalb des Plansolls — anstieg, nahm das zur konsumtiven und investiven Verwendung verfügbare Nationaleinkommen mit 2,2% deutlich weniger zu. Diese Differenz resultiert aus den bereits erwähnten stark expandierenden Exportlieferungen, deren Ertrag zur Zahlung der verteuerten Importe aufgewendet werden mußte und das „verwendete Nationaleinkommen“ entsprechend schmälerte. Weitere Daten deuten ferner darauf hin, daß sich das Wachstumstempo der landwirtschaftlichen Produktion — bei erheblichen jährlichen Schwankungen — bedrohlich verlangsamte. Nach plausiblen Aussagen von Experten sind nicht — wie oft seitens der Führung behauptet — witterungsbedingte Mißernten für die abnehmenden Erträge verantwortlich, sondern

institutionelle Ursachen: Orthodoxen Ideen verhaftet, verordnete die Administration die Zusammenlegung von Genossenschaften und Staatsgütern. Diese Konzentrationsprozesse führten zu einer verstärkten Zentralisierung von Entscheidungen und schwächten die ökonomischen Leistungsanreize. Zudem wurden privatwirtschaftliche Aktivitäten, wie der Anbau auf Privatparzellen und die kleingewerbliche Viehhaltung der Genossenschaftsbauern, stark reduziert. Diese wurden zwar zuvor nur in begrenztem Ausmaß betrieben, waren jedoch zur Versorgung der Bevölkerung mit Obst, Gemüse, Fleisch und anderen Produkten von erheblicher Bedeutung⁸⁾.

Auf die Ergebnisse der wirtschaftlichen Entwicklung haben die beiden wichtigsten Effizienzindikatoren, die Arbeits- und Kapitalproduktivität, entscheidenden Einfluß. Seit Jahren heißt es in der parteioffiziellen Sprache, die tschechoslowakische Volkswirtschaft müsse den „extensiven“ Wachstumspfad verlassen, um den Weg der „intensiven“ Entwicklung sicherzustellen. Die Forderung nach dem „Übergang vom extensiven zum intensiven Wachstum“ bedeutet aber nichts anderes, als die verfügbaren Ressourcen — Arbeit, Material, Energie, Sachkapital — weit effizienter einzusetzen.

Die Produktivität der entscheidenden Produktionsfaktoren — Arbeit und Kapital — muß deutlich angehoben werden. Die entsprechenden Produktivitätsindikatoren in Tab. 2 zeigen jedoch die gegenteilige Tendenz: Die Arbeitsproduktivität wuchs zum Ende der siebziger Jahre langsamer als zu Beginn des Jahrzehnts, die Entwicklung der Kapitalproduktivität geriet in der zweiten Hälfte sogar in den Minusbereich. Dies zeugte neben anderen Indizien vom Fortleben altbekannter Funktionsmängel der Zentralverwaltungswirtschaft, wie zum Beispiel abnehmende Konkurrenzfähigkeit tschechoslowakischer Exportprodukte, unzureichende Anpassungsfähigkeit an den erforderlichen Strukturwandel infolge knapper werdender Ressourcen, Innovationsträgheit der Betriebe, Versorgungslücken bei Produktionsgütern und bei Konsumwaren⁹⁾.

Bedrohlich wurde die Lage für die politische Führung erst, als die Kumulierung der externen und der hausgemachten, das heißt systembedingten Verluste den Lebensstandard der Bevölkerung spürbar beeinträchtigte. Diese Situation spitzte sich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zu, wie die Daten des Pro-Kopf-Konsums und der Arbeitseinkommen zeigen. Eine länger andauernde Stagnation der

materiellen Versorgung mußte den Machthabern als Warnsignal erscheinen: Der ungeschriebene, jedoch immer präsente Sozialvertrag zwischen Führung und Bevölkerung war nicht mehr intakt.

Die Reaktion des Husák-Regimes auf wirtschaftspolitischem Gebiet blieb nicht aus, sie war jedoch halbherzig. Es war kein „Kadárismus“, der praktiziert wurde, weder im ökonomischen noch im politischen Bereich¹⁰⁾. Die repressiven Herrschaftsformen richteten sich nunmehr gegen eine Minderheit von Oppositionellen und Dissidenten. Die 1977 entstandene „Charta 77“, eine Gruppe kritischer Bürger, vorwiegend Intellektuelle, rief die Regierung zum Dialog auf, mahnte die politische Führung, die bestehenden Gesetze des Landes und die Verpflichtungen gegenüber dem Ausland — insbesondere die Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki vom 1. August 1975 — einzuhalten. Selbst diese keineswegs militant, sondern streng legalistisch orientierte Gruppierung wurde rücksichtslos verfolgt: beruflich, „juristisch“, durch mehrjährige Haftstrafen für einzelne Mitglieder.

Inzwischen hatten sich in der tschechoslowakischen Gesellschaft neue Formen einer „Schwejkmentalität“ ausgebildet. Während der einfache Arbeiter seine Leistungskraft für „zweitwirtschaftliche“ Aktivitäten sparte, paßten sich Angestellte sowie Fach- und Führungskräfte an altbekannte Rituale an: Wettbewerbsverpflichtungen am Arbeitsplatz, Teilnahme an Umzügen, Präsenz bei Versammlungen und verordneten Schulungen — dies war das eine Gesicht, das der Devise „je höher mein Posten, desto emsiger das vorgegaukelte Engagement“ folgte; Schwarzarbeit und Nebeneinkünfte in Grauzonen, Mogeleyen im Berufsleben und Bestechungen in der Privatsphäre, ein Sich-Zurückziehen in die „chata“ (das Wochenendhäuschen) und die Stammkneipe — so sah das andere Gesicht der Bürger aus. Dieses zweite Gesicht wurde übrigens im Sinne des „Kaufvertrags“ von der Führung durchaus akzeptiert, freilich nur so lange und so weit, wie es politisch ungefährliche Formen behielt. Daß dieses pharisäerhafte Verhalten großer Teile der Bevölkerung, das ihnen vom Regime abverlangt wurde, mit einer Demoralisierung im Lande einherging, liegt auf der Hand.

Um die unbestrittene Ineffizienz des Wirtschaftssystems zu überwinden, erließ die Regierung der ČSSR Anfang 1980 einen umfassenden „Maßnahmenkatalog zur Vervollkommnung des Systems der planmäßigen Leitung der Volkswirtschaft nach dem

⁸⁾ Z. Lukas, Entwicklungstendenzen in der tschechoslowakischen Landwirtschaft, in: Neuere Entwicklungen (Anm. 6), S. 67 ff., insbes. S. 98.

⁹⁾ J. Kosta, Das tschechoslowakische Wirtschaftssystem (Anm. 6), S. 45 ff.

¹⁰⁾ Zu den politischen Herrschaftsformen in der ČSSR — einschließlich des vergleichenden Aspekts im Hinblick auf Ungarn und Polen — vgl. die Studien des von Z. Mlynář geleiteten Forschungsprojekts (Anm. 3).

Jahre 1980“, der zum 1. Januar 1981 in Kraft treten sollte. Bereits seine Bezeichnung deutet an, worum es dabei ging: Beabsichtigt war keine grundlegende Abkehr vom System der imperativen Planung wie in Ungarn, sondern eine eher „kosmetische“ Verfeinerung der altbekannten Instrumente: der verbindlichen Plankennziffern, der monetären Planerfüllungskriterien, der entsprechenden Leistungsan-

reize. In der Fachliteratur ist immer wieder dargestellt worden, daß eine derartige „Vervollkommnung“ der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs ihre entscheidenden Mängel kaum beheben kann. Im folgenden soll geprüft werden, ob sich diese These auch im Hinblick auf die Entwicklung der tschechoslowakischen Wirtschaft in den achtziger Jahre bestätigen läßt.

IV. Die Wirtschaft in den achtziger Jahren: Krise und Wiederbelebung auf niedrigem Niveau

Ohne den Konjunktur- und Wachstumsverlauf zu Beginn der achtziger Jahre im einzelnen zu analysieren (vgl. dazu Tab. 1), soll in Tab. 3 die Entwicklung des Lebensstandards um die Wende von den siebziger zu den achtziger Jahren betrachtet werden.

Tabelle 3
Indikatoren des Lebensstandards in den Jahren 1979–1982
(Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent)

Indikator	1978/79	1979/80	1980/81	1981/82
Pro-Kopf-Konsum	-1,2	-0,6	+1,5	-2,6
Arbeitseinkommen der Arbeiter und Angestellten (real)	-0,6	-1,1	+0,6	-2,3

Quelle: Statistische Jahrbücher der ČSSR.

Die Folgen des ökonomischen Niedergangs der tschechoslowakischen Volkswirtschaft, der sich bereits in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre abgezeichnet hatte und in den Jahren 1981 und 1982 seinen Tiefpunkt erreichte (vgl. auch Tab. 1), lassen sich mit Hilfe der beiden Indikatoren des Lebensstandards – des privaten Konsums und der Realeinkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger – nur annähernd verdeutlichen. Diese erfassen nicht, wie sehr die Verbraucher unter Sortimentlücken, Qualitätsmängeln, Dienstleistungsdefiziten zu leiden hatten; völlig unberücksichtigt bleibt ferner die generelle Rückständigkeit weiter Bereiche der Infrastruktur: des quantitativ sowie vor allem qualitativ unzureichenden Wohnungsbestandes, des unbefriedigenden Transport- und Verkehrswesens, der tristen Siedlungsstruktur in Stadt und Land¹¹⁾.

¹¹⁾ J. Kosta, Das tschechoslowakische Wirtschaftssystem (Anm. 6), S. 57; vgl. auch H. Förster, Regionale Aspekte der Industrialisierungsprozesse in der Tschechoslowakei, in: Neuere Entwicklungen (Anm. 6), S. 148 ff.

Ein besonders trauriges Kapitel bildet die Umweltzerstörung, die nahezu allerorts, ganz besonders aber in Nordwestböhmen, der Region des massenhaften Braunkohleabbaus, und in Nordmähren, einem der Zentren des Schwermaschinenbaus um Ostrau, der Natur sowie der menschlichen Gesundheit irreparable Schäden zugefügt hat. Um dies nur an einem Beispiel zu verdeutlichen: 1982 hatte die Emission von Schwefeldioxid in der ČSSR etwa 220 kg je Einwohner, in der Bundesrepublik Deutschland 49 kg betragen; bezogen auf je 1 km² Fläche lag die Emission in der Tschechoslowakei bei 27 t gegenüber 12 t in der Bundesrepublik Deutschland.

Die parteioffizielle Propaganda stellt das ansehnliche Konsumniveau, das in der tschechoslowakischen Gesellschaft erreicht worden ist, häufig anhand von Verbrauchs- und Ausstattungsdaten der privaten Haushalte heraus. Wie in der KP-Presse kürzlich zu lesen war, habe 1985 der Pro-Kopf-Verbrauch von Fleisch 85,8 kg, von Milch und Milchprodukten 248 kg, von Eiern 341 Stück ausgemacht, auf 100 Haushalte seien 145 Kühlschränke, 125 Fernsehgeräte, 49 Personenkraftwagen entfallen¹²⁾. Diese und weitere Daten belegen, daß der private Verbrauch in der ČSSR, quantitativ betrachtet, auf vielen Gebieten mit dem Konsumniveau in westlichen Industrieländern vergleichbar ist. Obwohl unter diesen Bedingungen Tschechen und Slowaken wegen ihrer materiellen Versorgungslage nicht auf die Barrikaden gehen, stellen sich die Bürger der ČSSR etliche Fragen, die von der Parteipropaganda nicht zufriedenstellend beantwortet werden können¹³⁾:

– Wie fällt der Vergleich mit Ländern aus, die am Ende des Zweiten Weltkriegs eine ähnliche Stufe

¹²⁾ Rudé právo vom 1. April 1987, S. 3–4.

¹³⁾ Hier und im folgenden wiedergegebene Fragen, Meinungsäußerungen und Verhaltensweisen der Bürger in der ČSSR stützen sich auf eine Vielfalt von Quellen, u. a. auf Berichte, die in den Exilzeitschriften „Listy“ (Rom) und „Svědectví“ (Paris) veröffentlicht worden sind.

der wirtschaftlichen Entwicklung erreicht hatten wie die Tschechoslowakei?

— Wie steht es um Gütersortimente, um die Qualität der Erzeugnisse, um Produktneuerungen, um die technischen Standards der Waren? Warum fehlt es an Ersatzteilen, warum funktioniert der Kundendienst, wenn überhaupt, mehr schlecht als recht?

— Welche Möglichkeiten bestehen, ins Ausland zu reisen? Wie sieht das kulturelle Angebot aus — etwa im Bereich der Literatur und Kunst? Welche materiell gesicherten Freizeitmöglichkeiten stehen den Bürgern zur Wahl?

— Wie groß muß das Arbeitspensum nicht nur eines, sondern mindestens zweier Familienmitglieder sein, wenn das Konsumniveau gewährleistet werden soll? Wie lange muß man arbeiten, um insbesondere aufwendigere Anschaffungen wie Autos oder Wohnungen, die heute vielfach als Eigentumswohnungen privat finanziert werden, erwerben zu können?

— Welche Hoffnungen bestehen, daß die erwähnten Mängel auf den Gebieten der Infrastruktur und der Umweltbelastung beseitigt werden, wie dies in der letzten Zeit durch die politische Führung versprochen wird?

Die Fragen verraten Mißtrauen und Skepsis. Vieles deutet darauf hin, daß nicht nur unter Experten — wie in der Fachpresse täglich nachzulesen ist —, sondern auch in Teilen des Establishments die kritischen Töne allmählich zunehmen. Dennoch wird in parteioffiziellen Kommentaren behauptet, seit 1983 sei die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung wiedergewonnen worden, schließlich habe man in drei aufeinanderfolgenden Jahren ein Wirtschaftswachstum von 3 % erreicht (vgl. Tab. 1). Von entscheidender Bedeutung ist jedoch, daß selbst auf der Basis der offiziellen Statistik — die hier nicht näher problematisiert werden soll — der „extensive“, das heißt unwirtschaftliche Einsatz der verfügbaren Ressourcen in den Jahren des „mäßigen Aufschwungs“ von 1983 bis 1985 (vgl. Tab. 4) nicht überwunden werden konnte.

Die bescheidene Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität, deren niedriges Niveau ohnehin eingestanden wird, die mäßigen Einsparungseffekte

V. Die Reformchancen: Triebkräfte und Barrieren

Um die gegenwärtigen Reformchancen in der ČSSR abschätzen zu können, ist ein Rückblick auf die im Herbst 1968 zu Ende gegangenen Reformjahre hilfreich. Vor einem Jahrzehnt hat der Autor die zwiespältige Lage, in der sich die Prager Füh-

Tabelle 4
Effizienzindikatoren der tschechoslowakischen Volkswirtschaft 1983–1985
(Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent)

Indikator	1982/83	1983/84	1984/85
Arbeitsproduktivität	+1,8	+2,8	+2,5
Materialintensität ¹⁾	+0,6	-1,7	-0,6
Fondsintensität ²⁾	+2,5	+1,3	+1,9

¹⁾ materielle Vorleistungen je Einheit des produzierten Nationaleinkommens.

²⁾ Kapitalstock je Einheit des produzierten Nationaleinkommens.

Quelle: Föderales Statistisches Amt der ČSSR, Čísla pro každého 1986.

beim Materialverbrauch, der weit höher ausfiel als das Plansoll vorsah, sowie der gestiegene Kapitaleinsatz für die gleiche Produktmenge — all das zeigt den Mißerfolg, das Ausbleiben des „Übergangs vom extensiven zum intensiven Wachstum“.

Ungeachtet verschiedener mahrender Stimmen in wissenschaftlichen Zeitschriften, hielt das Husák-Regime noch 1986 an der Devise fest, man müsse das System der zentralen Planwirtschaft zwar „vervollkommen“, jedoch keinesfalls radikal reformieren. Die chronischen Schwächen des Systems, die eine spürbare Verbesserung der Versorgung mit Konsumgütern auch nach 1983 nicht zuließen (vgl. Tab. 1), blieben unbeachtet. Ignoriert wird nach wie vor auch die offensichtliche Unzufriedenheit breiter intellektueller Kreise — vieler Künstler, Geisteswissenschaftler, der naturwissenschaftlich-technischen Intelligenz —, die trotz aller Artikulationsschranken auf unterschiedliche Weise, sei es verdeckt und „durch die Blume“ in der publizierten Literatur und im Theater, sei es offen im Selbstverlag (Samisdat) außerhalb des offiziell geduldeten Publikationsbetriebes freie Meinungsäußerung fordern. Daß in einer solchen Lage Gorbatschows Postulate nach Offenheit und Umgestaltung den Wünschen und Aspirationen vieler Tschechen und Slowaken entgegenkommen, liegt auf der Hand.

— Während die ökonomische Funktionsfähigkeit mehr Dezentralisierung, Flexibilität und außenwirtschaftliche Offenheit verlangt, gebietet die Aufrechterhaltung des Machtmonopols der Funktionärsbürokratie

nach wie vor zentralistisch-autoritäre Entscheidungsstrukturen und eine gewisse Abgeschlossenheit der Binnenwirtschaft gegenüber der Außenwelt . . . Das Dilemma, vor dem die Prager Partei- und Staatsführung steht, lautet, entweder an den starren bürokratischen Strukturen festzuhalten und die in diesem Fall unausweichliche Funktionschwäche des ökonomischen Systems in Kauf zu nehmen oder ein Mindestmaß an Demokratisierung zuzulassen, um wenigstens die drängendsten ökonomischen Probleme lösen zu können. Es ist anzunehmen, daß diese Frage vorerst nicht in Prag, sondern in Moskau beantwortet werden muß.¹⁴⁾

Dieses Dilemma besteht für das Husák-Regime auch in der gegenwärtigen Situation. Die führenden tschechoslowakischen Politiker seiner Generation — die heute Sechzig- und Siebzigjährigen — sind selbst dann „Gefangene“ ihrer Machtinteressen, wenn sie, wie dies möglicherweise bei einigen von ihnen der Fall ist, die Notwendigkeit einer Systemreform vom Typ Ungarns eingesehen haben. Waren es doch gerade sie, die seinerzeit unter der Vorherrschaft Breschnews die Protagonisten des Prager Frühlings verdammt hatten, um ihre eigene Machtübernahme zu rechtfertigen. Eine radikale Umgestaltung des Systems, deren Stoßrichtung derjenigen des Prager Frühlings zumindest ähneln müßte, kann somit kaum von der alten Führungsmannschaft initiiert und realisiert werden. Erst nach einem Generationenwechsel könnte eine durchgreifende Systemreform in Gang kommen.

Eine Einschätzung der Aussichten für eine systemverändernde Reform in der Tschechoslowakei muß zudem die außenpolitische Komponente, das heißt insbesondere die politische Entwicklung in der Sowjetunion, dem Machtzentrum des Ostblocks, berücksichtigen. In dieser Hinsicht muß unser heutiges Urteil differenzierter ausfallen als die zitierte Einschätzung in der Mitte der siebziger Jahre. Die entscheidende Lehre der tschechoslowakischen Ereignisse von 1968, die reformwillige Kreise in den kleineren Ländern Osteuropas berücksichtigen mußten, bestand in der Erkenntnis der Reformgrenzen, die den Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes durch die sowjetische Führung und insbesondere durch die „Breschnew-Doktrin“ von der begrenzten Souveränität der im Machtbereich der UdSSR lebenden Völker gesetzt worden waren. Diese Grenzen werden bei einem Vergleich der Entwicklung in Ungarn und der ČSSR besonders deutlich: Der „Neue Ökonomische Mechanismus“ Ungarns, eine marktorientierte Wirtschaftsreform, die die Grundpfeiler des politischen Herrschaftssystems nicht in Frage stellte, wurde toleriert. Eine im

ökonomischen Bereich analog konzipierte Veränderung des Lenkungs- und Entscheidungssystems in der Tschechoslowakei stieß in dem Augenblick auf Widerstand, als die wirtschaftliche Dezentralisierung in eine politische Demokratisierung umschlug, wie dies im Prager Frühling geschah. Daß die Prager Demokratisierungsansätze nicht auf eine Kopie westlicher parlamentarischer Demokratien hinaus liefen, wurde sowjetischerseits nicht zur Kenntnis genommen. Moskau sah das entscheidende Kriterium für die Toleranzschwelle in der Bedrohung des Machtmonopols der Parteiapparate. Werkstättenräte in den Betrieben, autonome Interessengruppen außerhalb der Eingriffssphäre der Parteibürokratie, freie Gewerkschaften, Künstlerverbände, eine parteiunabhängige Presse markieren nach der „Logik“ der Parteierrschaft unüberwindliche Reformschranken.

Die Ära Breschnew gehört der Vergangenheit an, die Epoche, die sich im Sowjetblock anbahnt, ist untrennbar mit dem Namen Michail Gorbatschows verbunden. Es wäre jedoch sicherlich verfehlt, wollte man daraus den Schluß ziehen, daß in der Sowjetunion wie auch in den übrigen Ostblockländern im kulturellen und politischen Bereich in einem Klima der „Glasnost“ eine revolutionäre „Perestrojka“, das heißt eine weitreichende Transformation des ökonomischen und politischen Systems, unmittelbar bevorsteht. Derartige Erwartungen sind in zweifacher Hinsicht unangebracht.

Erstens ist trotz der zweifelsfreien Absicht von Gorbatschow und der ihm nahestehenden Gruppe sowjetischer Politiker, mit den alten Verhältnissen Schluß zu machen, in der Sowjetunion selbst noch kein umfassendes, systemveränderndes Konzept in Sicht, ebensowenig für den „Wirtschaftsmechanismus“ — heute das geflügelte Wort, mit dem das wirtschaftliche Lenkungssystem bezeichnet wird — wie auch für die politischen Institutionen von der lokalen bis hin zur Unionsebene. Selbst wenn es gelingen sollte, konsistente Gesamtentwürfe für einen weitreichenden Umbau des Systems zu entwickeln, was wenig wahrscheinlich ist, bliebe die schwierige Frage, wie diese Konzepte in der Praxis verwirklicht werden können. Dabei darf nicht übersehen werden, daß es in der politischen Administration zahlreiche Gegner einer weitreichenden Änderung des politischen und ökonomischen Systems gibt, die die Umsetzung eines Reformprogramms zusätzlich erschweren dürften.

Zweitens muß die blockweite Wirkung der gegenwärtigen sowjetischen Politik betrachtet werden. Trotz der bislang nur partiellen Maßnahmen, die noch keine systemverändernden Lösungskonzepte darstellen, wäre schon viel erreicht, wenn auch in

¹⁴⁾ J. Kosta (Anm. 1), S. 180, 194.

allen Partnerländern der UdSSR an den alten Verhältnissen schonungslos Kritik geübt würde. Manches, was Gorbatschow bereits durchgesetzt hat — die Zulassung privatwirtschaftlicher Aktivitäten in den Städten, die Einführung marktähnlicher Anreizformen in der Landwirtschaft, die Selbstfinanzierungsexperimente in der Industrie, ein im Juli 1987 verabschiedetes Gesetz über die staatlichen Betriebe würde trotz etlicher Halbherzigkeiten und Inkonsequenzen einen großen Schritt vorwärts bedeuten. Auch die bescheidenen Ansätze zu einer „Demokratisierung“ in Form von neuen Wahlverfahren mit konkurrierenden Kandidaten, Mitbestimmungsformen usw. sind für sowjetische Verhältnisse bemerkenswert. Ganz zu schweigen von den beeindruckenden Entwicklungen auf kulturellem Gebiet, in Literatur, Film und Theater, sowie in den Sozialwissenschaften. Die einzelnen KP-Führungen haben auf die Entwicklung in der Sowjetunion unterschiedlich reagiert: Für Honecker sind die Maßnahmen, die in der UdSSR gefordert und teilweise bereits umgesetzt worden sind, in der DDR längst realisiert. Die Kádár-Führung sieht sich in ihrer Politik bestätigt, doch fordern kritische ungarische Reformer konsequentere weiterführende Reformen. Es ist jedoch zu fragen, ob Gorbatschow und die ihm nahestehenden sowjetischen Reformer mit der gleichen Vehemenz eine Umgestaltung in den übrigen Blockländern befürworten oder gar durchzusetzen versuchen wie im eigenen Land.

Die Stoßrichtung der Kritik Gorbatschows zielt auf die Defekte, die das alte zentralistisch-autoritäre ökonomische und politische System kennzeichnen. Logischerweise bezieht sich damit die Forderung nach einer radikalen Reform grundsätzlich auf jede Gesellschaft, in der dieser Systemtypus herrscht. Es ist deswegen nicht anzunehmen, daß Gorbatschow auf Dauer eine Konservierung der alten Verhältnisse in irgendeinem Land des „realen Sozialismus“ befürwortet. Dies bedeutet jedoch keineswegs, daß der sowjetische Generalsekretär gewillt wäre, gegenüber den übrigen KP-Führungen das ohnehin schwere Ringen um die Reform in seiner Heimat durch intensive Bemühungen um eine Einflußnahme auf die Bruderparteien zusätzlich zu komplizieren — ganz abgesehen von der sicherlich begrenzten Durchsetzungsmacht, die die Sowjetunion gegenüber den übrigen KP-Führungen gegenwärtig besitzt. Mag die Haltung Kádárs dem sowjetischen Parteiführer eher zusagen als die Position Honeckers oder gar Ceauşescus — außenpolitische Loyalität, ökonomische Stabilität und eine politisch halbwegs „ruhige“ Lage, die das Bild von der DDR in der sowjetischen Führung bestimmt, dürften zumindest kurzfristig für Gorbatschow wichtiger sein als ein radikaler Reformkurs.

In der ČSSR war noch Ende 1986 eine bemerkenswert vorsichtige und reservierte Haltung gegenüber der sowjetischen Reformdiskussion zu beobachten. Erst kurz vor dem Besuch des sowjetischen Generalsekretärs im März 1987 änderte sich der Ton, mit dem in den tschechoslowakischen Parteigremien und Massenmedien die Umgestaltungsdebatte apostrophiert wurde. Die parteioffizielle Phraseologie ähnelte nunmehr auffallend den von Gorbatschow verwendeten Äußerungen und Formulierungen. Wenn verschiedene Anzeichen nicht trügen — so etwa spontane positive Reaktionen der Bevölkerung, als sich der sowjetische Politiker unter die Prager Einwohner mischte —, dann änderte sich kaum etwas am Mißtrauen der meisten Bürger gegenüber der eigenen Führung; von der neuen Generation sowjetischer Politiker erwartete man dagegen im Frühjahr 1987 Druck auf Veränderungen im eigenen Land. Mittlerweile scheinen derartige Erwartungen nur noch in geringerem Maß vorhanden zu sein.

Die tschechoslowakischen Politiker der „Anti-Dubček-Generation“ geben bisher wenig Anlaß zu der Annahme, daß es ihnen darum geht, die herrschenden Verhältnisse radikal umzugestalten. Dies gilt insbesondere für den politischen und den kulturellen Bereich. Schwieriger sind die Diskussionen zur „Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus“ zu beurteilen, die in Expertengremien geführt werden. Die in diesem Beitrag ausführlich dargestellten Systemmängel der Planwirtschaft sind Teilen der politischen Führung letztlich doch bewußt geworden. Nicht nur oppositionelle Nationalökonomien, die seit den Säuberungen der Jahre 1969/70 ihre kritischen Auffassungen überhaupt nicht oder nur noch sporadisch publizieren können, sondern auch andere tschechoslowakische Wirtschaftswissenschaftler plädieren mitunter für weitreichende, zum Teil auch marktwirtschaftlich orientierte Lösungen.

Mittlerweile arbeitet eine von der Regierung berufene Expertengruppe an einem Maßnahmenpaket, das bis Ende dieses Jahres fertiggestellt werden soll¹⁵). Die entsprechenden Regelungen sollen bei der Vorbereitung des neuen Fünfjahrplans für den Zeitraum von 1991 bis 1995 berücksichtigt werden. Die beiden Dokumente zur „Umgestaltung“¹⁶) sowie veröffentlichte Stellungnahmen von Mitgliedern der Expertengruppe deuten darauf hin, daß sich eine stärkere Abkehr vom traditionellen, imperativen Planzentralismus zunehmend durchzuset-

¹⁵) „Grundsätze der Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus der ČSSR“, Beschluß des Präsidiums der KPC, in: Rudé právo vom 9. Januar 1987; vgl. dazu ein im März 1987 veröffentlichtes ergänzendes Regierungsdokument, in: Hospodářské noviny 13/1987 (Beilage).

¹⁶) Ebd.

zen scheint. Viele Formulierungen klingen allerdings widersprüchlich und inkonsistent; die bisherigen Veröffentlichungen enthalten Überbleibsel ansonsten überholter Denkmuster. Meist ist nicht von marktwirtschaftlichen Lenkungsformen, sondern von verstärkten „Ware-Geld-Beziehungen“ die Rede. Dies kann zweierlei bedeuten. Entweder plädieren die Autoren für eine marktorientierte Reform, halten es aber nicht für opportun, vom Marktmechanismus zu sprechen, da diese im Prager Frühling verwendete Bezeichnung den Vorwurf hervorrufen könnte, man wolle den damaligen Konzepten und deren Urhebern — allen voran Ota Šik — nachträglich Recht geben. Oder es wird doch ein konzeptioneller Gegensatz zum Ausdruck gebracht: „Ware“ und „Geld“ sind dann wie in der DDR Kategorien, mit deren Hilfe die verbindlichen Plankennziffern effektiver erfüllt werden sollen als zuvor. In diesem Fall würden die Grundprinzipien des zentralistisch-imperativen Planungssystems nicht in Frage gestellt.

Es ist nicht auszuschließen, daß das vorbereitete Reformpaket einige, vielleicht sogar wesentliche

Elemente enthalten wird, die der ungarischen marktwirtschaftlich konzipierten Systemreform ähneln. Wie konsequent auch immer die Abkehr vom administrativen Planzentrismus der traditionellen realsozialistischen Provenienz sein wird — die beiden folgenden Fragen, mit denen Ungarn gegenwärtig konfrontiert ist, werden sich auch in der Tschechoslowakei stellen:

— Kann eine Wirtschaftsreform ohne die Preisgab-ideologischer Tabus — etwa der Unvereinbarkeit von Sozialismus und Privateigentum oder der Unzulässigkeit von Kapitalmärkten — die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen?

— Wie weit können, ja müßten politische Reformen gehen, wenn der Erfolg der Wirtschaftsreform nicht gefährdet werden soll?

Die Antwort auf diese Fragen wird auch über den künftigen Erfolg der tschechoslowakischen Wirtschaftspolitik und über Umfang und Ausmaß einer ökonomischen und politischen Umgestaltung des Landes mitentscheiden.

Der Kadarismus und seine Auswirkungen auf das politisch-soziale System in Ungarn

Nicht jeder kommunistische Parteiführer hat es vermocht, eine solche unverwechselbare Politik zu begründen, die von Historikern, Politologen oder Beobachtern mit seinem Namen unauflöslich verbunden wird. Noch seltener ist dies der Fall, wenn der Betreffende nur einem machtpolitisch relativ unbedeutenden sozialistischen Land vorsteht. Gänzlich einmalig ist schließlich eine solche Begriffsbildung, wenn sie zu Lebzeiten eines Parteiführers erfolgt und zur Charakterisierung eines positiven Modells der sozialistischen Gesellschaft dienen soll.

Dies alles trifft jedoch auf den 75 Jahre alten ungarischen Parteichef János Kádár zu, der das kleinste Land des Warschauer Paktes regiert, seitdem sowjetische Truppen im November 1956 den amtierenden Ministerpräsidenten Imre Nagy gefangen nahmen und den ungarischen Volksaufstand gewaltsam niederwarfen. Kádár, der zunächst mit den Forderungen der Aufständischen sympathisierte und sich dann der sowjetischen Führung zur Verfügung stellte, hat dem ungarischen Sozialismus in seiner mehr als 30 Jahre währenden Amtszeit ein eigentümliches Gepräge gegeben, das Ungarn bis heute als Ausnahme im Ostblock erscheinen läßt. Große Teile der Bevölkerung versöhnten sich ebenso mit dem Verräter von 1956 wie westliche Politiker und Journalisten, die den ungarischen Sozialismus als „liberal“, als „Modell“ oder sogar als „kommunistisches Wunderland“ würdigten¹⁾. Jetzt stößt der ungarische Weg auch in sozialistischen Staaten, vor allem in China und in der Sowjetunion, auf wachsendes Interesse, denn die Erfahrungen des Kadarismus, der politische und ökonomische Reformen mit dem Erhalt des Machtmonopols der kommunistischen Parteiführung verbindet,

sind für die Modernisierungsbemühungen der sozialistischen Länder von hohem Wert.

Gleichwohl gibt es bis heute keine ausführliche, empirisch untermauerte Gesamtdarstellung dazu, was der Kadarismus darstellt und in welcher Weise er konkret das ökonomische, politische und soziale System in Ungarn modifiziert hat. Zu fragen ist: Welche Ursachen haben den besonderen ungarischen Weg hervorgebracht, wo liegen Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu anderen sozialistischen Staaten, ist Ungarn tatsächlich Modell eines anderen, „sanften“ Sozialismus, eine Art Optimum politischer Liberalität im sowjetischen Einflußbereich, das Entwicklungen vorweggenommen hat, die in anderen sozialistischen Staaten früher oder später auch kommen werden?

Im folgenden soll versucht werden, diesen Fragen nachzugehen, ohne allerdings in diesem Rahmen die angedeutete Forschungslücke schließen zu können. Ich beschränke mich vielmehr auf eine grobe Skizze des Reformprozesses, um den ungarischen Weg verständlich zu machen und Elemente des politisch-sozialen Systems näher zu untersuchen. Dabei konzentriere ich mich auf solche Bereiche, in denen die Unterschiede zu anderen sozialistischen Staaten und früheren historischen Phasen besonders deutlich werden und in denen die Modernisierungspolitik die tiefsten Spuren hinterlassen hat. Dabei ist nicht beabsichtigt, die ungarischen Wirtschaftsreformen zu analysieren, über die an anderer Stelle geschrieben wurde²⁾. Abschließend möchte ich eine thesehafte Bewertung des Kadarismus und seiner Auswirkungen auf das politisch-soziale System in Ungarn vornehmen.

I. Die Entstehung des Kadarismus

Wie in den anderen sozialistischen Staaten Ost- und Mitteleuropas bildeten sich die Grundstrukturen des politisch-sozialen Systems im Nachkriegsun-

garn unter Anleitung und Kontrolle der Sowjetunion heraus, wobei der Transformationsprozeß bereits in den Jahren 1948/49 im wesentlichen abge-

¹⁾ Vgl. István Futaky (Hrsg.), Ungarn — ein kommunistisches Wunderland?, Reinbek 1983.

²⁾ Vgl. Töns Hilker, Ungarns Wirtschaftsmechanismus zwischen Plan und Markt. Eine entwicklungspolitische Analyse

unter besonderer Berücksichtigung der Investitions- und Außenpolitik, Frankfurt/M. 1983; Egon F. Kasper, Ungarn. Lebenskünstler auf der Suche nach der kleinen Freiheit, München 1986.

geschlossen war. Die Koalitionsparteien waren liquidiert, die Wahlen zu einem Akt der Akklamation umfunktioniert, die unabhängigen gesellschaftlichen Organisationen verboten oder gleichgeschaltet, alle Handels-, Handwerks- und Industriebetriebe mit mehr als zehn Beschäftigten verstaatlicht und die kommunistische „Partei der Ungarischen Werktätigen“ zu einem Werkzeug des stalinistischen Diktators Mátyás Rákosi gemacht worden.

Einen Bruch in dieser — in anderen sozialistischen Ländern ähnlich, wenn auch mitunter weniger extrem verlaufenen — Entwicklung bedeutete das Jahr 1956, in dem es zu einem gemeinsamen Aufbegehren der unzufriedenen Massen, der enttäuschten Intelligenz und einer starken anti-stalinistischen Strömung in der Partei kam, das schließlich, angefacht durch eine ungeschickte Politik der Führung, in einen Aufstand gegen das kommunistische Einparteiensystem und die seit 1945 andauernde Anwesenheit sowjetischer Truppen in Ungarn umschlug. Die historische Lehre der ungarischen Kommunisten aus dieser Krise, die von der Führung unter János Kádár mehr oder weniger offen als Ausgangspunkt des heutigen politisch-sozialen Systems betrachtet wird³⁾, läßt sich in vier Punkten zusammenfassen:

1. Der Zerfall der politischen Macht und ihrer wichtigsten Organe (Partei, Armee, Polizei, Staatssicherheit) im Jahre 1956 darf sich niemals wiederholen; potentiellen oder wirklichen Gefahrensituationen für das System muß frühzeitig vorgebeugt werden.

2. Terror, politische Verfolgung und übermäßige Kontrolle der Gesellschaft erhöhen Stabilität und Effektivität des politisch-sozialen Systems nicht, sondern vermindern sie. Der gefürchtete stalinistische Sicherheitsdienst „AVÓ“ wurde als eigenständige Behörde aufgelöst und in das Innenministerium integriert, die Privatsphäre der Bürger wurde zunehmend respektiert.

3. Zur Sicherung der Macht sind bevorzugt politische Mittel einzusetzen, was eine gewisse Offenheit und Durchlässigkeit des politischen Systems erfordert, um gesellschaftliche Bedürfnisse rasch zu erkennen und nach Möglichkeit zu befriedigen. Dies findet seinen Ausdruck in einer größeren Autonomie der Intelligenz, in einer breiter gefächerten offiziellen öffentlichen Meinung, in einer flexibleren Reaktion auf Anstöße aus der Gesellschaft, in einer Reduzierung der Rolle der Ideologie, in der Bereitschaft zu Reformen und schließlich

in der partiellen Respektierung von unabhängigen oder oppositionellen Bestrebungen.

4. An der Grundstruktur des sozialistischen Systems sowjetischen Typs dürfen keine Veränderungen vorgenommen werden, insbesondere nicht an dem absoluten Vorrang der sozialistischen Eigentumsverhältnisse in der Ökonomie und an dem Machtmonopol der kommunistischen Parteiführung. Garant der Stabilität und Bedingung der Reformen ist die politische Schwäche der Gesellschaft, deren Fähigkeit zur politischen und sozialen Selbstorganisation im Nachkriegsungarn gleich zweimal (nach 1945 und nach 1956) brutal zerschlagen wurde. Deshalb reagiert die ungarische Führung sehr empfindlich auf organisierte unabhängige Interessenäußerungen der Gesellschaft, die sie durch die Konservierung traditioneller Gegensätze (Stadt/Land, Juden/Nicht-Juden, Intelligenz/Plebs), durch eine differenzierte Kultur- und Gesellschaftspolitik und durch eine abgestimmte Strategie von Integration und Repression in einem frühen Stadium zu neutralisieren sucht.

Allerdings ist diese strategische Neubestimmung der ungarischen Kommunisten nicht unmittelbar nach der Krise von 1956 erfolgt, sondern ist Ergebnis eines langen und widersprüchlichen historischen Prozesses. In den ersten Wochen nach der Niederschlagung des Aufstandes bemühte sich die isolierte Kádár-Führung zunächst um die Integration konkurrierender politischer Kräfte (Arbeiterräte, neugegründete Parteien, Anhänger von Imre Nagy) und knüpfte an die bereits einige Monate vor der Erhebung eingeleitete Reformpolitik an. Den anhaltenden Widerstand der Bevölkerung gegen die sowjetische Einmischung beantwortete die Kádár-Regierung jedoch nach einer ersten Stabilisierung des neuen Machtapparates mit einer eskalierenden Welle der Repression gegen alle, die sich am Aufstand beteiligt hatten. 200 000 Ungarn flohen ins Ausland, Tausende — unter ihnen der Ministerpräsident Imre Nagy — wurden hingerichtet oder zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt; die Reformkonzepte wurden öffentlich verurteilt, und der Boden wurde erneut kollektiviert.

Erst in den sechziger Jahren leitete die Kádár-Führung eine Politik der vorsichtigen Versöhnung ein, die der Parteichef in einer programmatischen Rede in dem berühmt gewordenen Satz zusammenfaßte: „Wer nicht gegen uns ist, ist für uns.“ Ein Großteil der Gefangenen gelangte im Rahmen einer abgestuften Amnestie auf freien Fuß, die sozialen Leistungen wurden verbessert und die Interessen der verschiedenen Bevölkerungsschichten stärker berücksichtigt. Mitte der sechziger Jahre setzte dann im Gleichklang mit anderen sozialistischen

³⁾ Vgl. dazu Hubertus Knabe, Eine Revolution in Anführungsstrichen? Zur neueren Rezeption des Volksaufstandes in Ungarn 1956, in: Osteuropa, 5 (1986).

Staaten, vor allem mit der Tschechoslowakei und der Sowjetunion, eine intensive Reformdiskussion ein, in deren Verlauf nicht nur die Wirtschaftspolitik, sondern auch politische und philosophische Fragen der sozialistischen Gesellschaft grundsätzlich neu diskutiert wurden. Schriftsteller, Intellektuelle, Künstler wie überhaupt die ganze Gesellschaft erlebten diese Jahre als ein befreiendes Tauwetter und erklärten sich zur Versöhnung mit dem Kádár-Regime bereit. 1968 trat schließlich als praktisches Ergebnis der Reformdebatten der „Neue Ökonomische Mechanismus“ in Kraft, der es ermöglichen sollte, daß Unternehmen und landwirtschaftliche Genossenschaften als selbständige wirtschaftliche Einheiten gewinnbringend wirtschaften. Zu diesem Zweck wurde das Preissystem beweglicher gestaltet, die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise wurden angehoben und die zentralen Planvorgaben durch indirekte Regulatoren (Preise, Löhne, Steuern) ersetzt.

Die politischen Rahmenbedingungen der Reformen änderten sich jedoch jäh durch den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten 1968 in der Tschechoslowakei. Reformen oder gar Reformsozialismus galten nun im östlichen Lager als „revisionistisch“, und Ungarn geriet mit seinen kultur- und wirtschaftspolitischen Experimenten zusehends in die Isolation. 1972 sammelten sich die von Moskau ermutigten Gegner des damaligen Kádár-Kurses, um den Parteichef zu stürzen, doch dieser rettete sich durch einen Abbruch der Reformen und die Verbannung ihrer führenden Verfechter aus der politischen Führung. Einige Monate später wiederholte sich das gleiche in der Kulturpolitik, indem der damalige ZK-Sekretär György Aczél seine Ablösung durch einen Angriff auf „revisionistische Tendenzen“ im Kulturleben in letzter Minute verteilte. Das innenpolitische Klima verhärtete sich, und die Reformfeindlichkeit steigerte sich soweit, daß Leiter gewinnbringender Unternehmen reihenweise wegen „unanständigen Profites“ vor Gericht kamen.

Massive wirtschaftliche Schwierigkeiten lösten Ende der siebziger Jahre eine zweite, bis heute anhaltende Reformwelle aus, deren bedeutendstes Ergebnis neben einer Wiederbelebung und Fortschreibung der Reform von 1968 die Legalisierung der privaten Schattenwirtschaft darstellt. Um Versorgungsmängel und wachsende staatliche Subventionen abzubauen, wurden staatliche oder genossenschaftliche Kleinunternehmen massenhaft zur Pacht angeboten, wurden halbprivate Arbeitsgemeinschaften zugelassen, die mit den Geräten des Unternehmens nach Feierabend für dieses auf eigene Rechnung produzieren können, wurde schließlich die Möglichkeit eingeräumt, vollkom-

men privat wirtschaftende Arbeitsgemeinschaften zu gründen, die bis zu 30 Mitglieder haben und maximal 30 Angestellte beschäftigen dürfen. Die Aussicht auf massive Einkommenssteigerungen sowie der wachsende Zwang, Zusatzverdienste erschließen zu müssen, um sinkende Reallöhne und steigende Preise ausgleichen zu können, führten dazu, daß private Unternehmen wie Pilze aus dem Boden schossen und inzwischen schätzungsweise 20 Prozent des Bruttosozialproduktes erwirtschafteten. Die Wirtschaftsreform wurde dabei nicht als einmaliger Akt verstanden, sondern durch Gesetze und Verordnungen fortgeschrieben (Ausstattung der Unternehmen mit Außenhandelsrechten, Gründung gemischter Gesellschaften, Bildung der nicht-subventionierten Inlandspreise auf der Basis der Weltmarktpreise usw.) und mit einer stärkeren Integration Ungarns in den Weltmarkt (Mitgliedschaft in IWF und Weltbank, begrenzte Konvertibilität des Forint, Kooperationsangebote an die EG, usw.) verknüpft. Im Spannungsfeld des Ost-West-Konfliktes sah sich Ungarn dabei genötigt, die Bedeutung der Reformen gegenüber der Sowjetunion möglichst herunterzuspielen, sie indes gegenüber den westlichen Kreditgebern herauszustreichen.

Nach dem Tode Breschnews, der Führungskrise in der Sowjetunion und schließlich dem Machtantritt von Michail Gorbatschow erweiterten sich die Spielräume der ungarischen Reformpolitik und beschränkten sich nicht mehr vorwiegend auf wirtschaftliche Fragen. Auch in der Außenpolitik ging Ungarn einen Weg vorsichtiger Öffnung und profilierte sich nach der Raketenstationierung in Europa als Anhänger einer Politik des Dialoges zwischen Ost und West. Im Innern wurde das politische System partiell durchlässiger, indem Interessen und Stimmungen wie das jahrzehntelang tabuisierte Nationalgefühl stärkere Berücksichtigung fanden, die Medien problembewußter berichteten und zaghafte Ansätze einer von der Zentrale unabhängiger Interessenvertretung (Stärkung der Rechte der Gemeinden, Wahl der Unternehmensdirektoren, Reform des Wahlsystems, Zulassung von Vereinen, etc.) entwickelt wurden.

Zugleich sind in den achtziger Jahren aber auch die Grenzen der Reformpolitik unter János Kádár deutlicher geworden. Seitdem die Sowjetunion — zumindest vordergründig — nicht mehr als Bremser einer Liberalisierung auftritt, wird sichtbar, daß die Parteiführung selbst eine weitere Pluralisierung des politisch-sozialen Systems blockiert. Die neuen Losungen aus Moskau für Demokratie und Offenheit werden — wengleich mit Wohlwollen — als innersowjetische Entwicklung gekenn-

zeichnet, denn man fürchtet, sie könnten die wachsende soziale und politische Unzufriedenheit im eigenen Land ermutigen. János Kádár sieht Ungarn am Ende eines Weges, den die Sowjetunion gerade erst betritt, und möchte sein Werk der Konsolidierung nicht durch einen neuen, unkalkulierbaren Reformschub gefährden. Jedoch wächst aufgrund der großen wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes, das seit Jahren mehr verbraucht als erwirtschaftet, der politische Handlungsbedarf, so

daß eine wachsende Zahl von Menschen eine personelle und politische Erneuerung für nötig hält, die auch mit der Ernennung von Károly Grosz zum neuen ungarischen Ministerpräsidenten nicht wirklich erfolgt ist. Solange die Erneuerung durch die ungelöste Nachfolgefrage und die Handlungsunfähigkeit der gegenwärtigen Führung blockiert wird, kennzeichnen Stillstand und Perspektivlosigkeit bei Fortführung der begrenzten Reformen das innenpolitische Klima in Ungarn.

II. Elemente des politisch-sozialen Systems

Bereits nach dieser groben Charakterisierung des ungarischen Entwicklungsweges unter János Kádár kristallisieren sich widersprüchliche Tendenzen heraus: Liberalität und politische Diktatur, Innovation und Restauration, Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse und Zunahme politischer und sozialer Unzufriedenheit. Um die Modifizierung des politisch-sozialen Systems im Kadarismus genauer zu erfassen, sollen einige seiner Elemente näher dargestellt werden.

1. Die Partei

Die „Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei“ (MSZMP, ca. 850 000 Mitglieder)⁴⁾, die in den Krisentagen des Jahres 1956 gegründet wurde, ist laut Verfassung die „leitende Kraft der Gesellschaft“ und unterscheidet sich in Aufbau und Programm nicht wesentlich von den alleinregierenden Parteien der übrigen sozialistischen Staaten. Auch im ungarischen Sozialismus gilt das parteiinterne Fraktionsverbot, doch mitunter werden Strömungen (Reformer, Anti-Reformer, Zentristen) und Gegensätze (zwischen Hauptstadt und Provinz, zwischen Populisten und Urbanisten, zwischen einzelnen Personen) sichtbar. An der Basis herrscht eine größere Offenheit in der Diskussion, und das dogmatische Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus ist vielfach von einem distanzierten, pragmatischen oder zynischen Verhältnis zur Politik der Partei abgelöst worden. Diese Differenzierung des Apparates hat die Flexibilität des politischen Systems erhöht, verstärkt aber auch die innerparteilichen Konflikte, die, wenn sie die Führung selbst erfassen, in der Regel durch die Stellungnahme des Parteiführers János Kádár entschieden werden.

Der Hegemonieanspruch der Partei ist in den letzten Jahren in einen wachsenden Gegensatz zum

selbst erklärten Ziel geraten, das politisch-soziale System zu demokratisieren und die gesellschaftliche Selbstverwaltung zu fördern. Auf der Ebene der Betriebe und der landwirtschaftlichen Genossenschaften ist es unklar, welche „führende“ Rolle die Parteigliederungen noch spielen sollen, wenn die wirtschaftlichen Einheiten nach den Prinzipien der Gewinnmaximierung und der Selbstverwaltung arbeiten sollen. Ähnliches gilt für die staatliche Verwaltung und die politischen Vertretungsorgane (Parlamente, Massenorganisationen), deren Eigenständigkeit erhöht werden soll. Die Forderung nach mehr Transparenz des politischen Systems kollidiert zudem mit der leninistischen Binnenstruktur der Partei, die Außeneinsicht oder gar Kontrolle ausschließt und als ein geheimer „Staat im Staat“ funktioniert. Dem Pluralisierungsbestreben widerspricht das Verbot konkurrierender Parteien und Organisationen, dem Prinzip der Selbständigkeit die permanenten Eingriffe in die wirtschaftliche, gesellschaftliche und staatliche Sphäre, dem Ziel der Offenheit das Verbot, über interne Vorgänge in der Partei zu berichten. Die politischen Reformbestrebungen haben deshalb in der Partei Verunsicherung ausgelöst und bleiben größtenteils auf der Ebene verbaler Bekenntnisse haften.

2. Der Jugendverband

Der „Kommunistische Jugendverband“ (KISZ, ca. 900 000 Mitglieder) ist die Jugendorganisation der Partei und gleichzeitig die einzige Massenorganisation der Jugendlichen. Diese Doppelfunktion stürzt den Verband in den Widerspruch, einerseits als „Kaderschmiede der Partei“, andererseits als korporative Vertretung aller Jugendlichen fungieren zu müssen, was wiederholt Diskussionen ausgelöst hat, beide Aufgaben in separaten Organisationen zu verwirklichen. Nach eigener Einschätzung ist der KISZ seit Anfang der achtziger Jahre, d. h. seit Beginn der zweiten Reformwelle, in eine Krise geraten und hat einen erheblichen Prestigeverlust

⁴⁾ Die ausführlichste, allerdings nicht mehr ganz aktuelle Analyse der MSZMP findet sich bei Bennett Kovrig, *Communism in Hungary. From Kun to Kádár*, Stanford 1979.

erlitten, der sich in Massenausritten nach Beendigung der Schulzeit und im Mangel an Nachwuchskadern ausdrückt. Ursache dafür ist auch hier das ungeklärte, widersprüchliche Rollenverständnis des Verbandes, wobei der Erosionsprozeß durch den Bedeutungsverlust der Ideologie und das Nachlassen des politischen Organisationszwanges rasch vorangetrieben wurde.

Zum offenen Konflikt kam es, als Jugendliche 1982 versuchten, einen eigenen Studentenverband und später eine unabhängige Friedensgruppe ins Leben zu rufen. In einem anderen Fall wurde KISZ-Mitgliedern die Herausgabe einer Studentenzeitschrift untersagt, so daß diese seither im Untergrund erscheint. Hinzu kommen wachsende soziale Probleme der Jugendlichen wie Schwierigkeiten bei der Wohnungsbeschaffung, Zwang zu zusätzlicher Erwerbstätigkeit nach Feierabend, Zerrüttung der Familien, Alkoholismus und Drogenmißbrauch, ungerechte Verteilung der Einkommen usw. Auf dem XI. KISZ-Kongreß im Sommer 1986 wurde deshalb beschlossen, die Rolle des Verbandes als Interessenvertretung der Jugendlichen zu stärken, u. a. durch die Gründung besonderer Jugendsektionen innerhalb der Gewerkschaften. Die Organisationsstruktur sollte insoweit modifiziert werden, als Studenten und Hochschülern verstärkt die Gründung organisatorisch selbständiger Kulturzirkel, Klubs und Vereine ermöglicht werden soll.

Um seine Isolation zu verringern, ist der KISZ auch bemüht, sich frühzeitiger für gesellschaftliche Stimmungen zu öffnen und diese nicht — wie bei der Friedensfrage — unabhängigen Gruppen zu überlassen. Deutlich wird dies besonders in der Reaktion des Verbandes auf das wachsende Umweltbewußtsein in der Jugend, zu dessen Kanalisierung 1984 ein ausführlicher Beschluß gefaßt und ein „Jugendumweltschutzrat“ ins Leben gerufen wurde. Dieser versucht, sich als Dach der zahlreichen an Schulen und Hochschulen entstandenen Umweltzirkel zu profilieren, die er durch Geldauschüttungen im Rahmen von Wettbewerben an sich bindet. Bei überschaubaren Umweltstreitfällen hat sich der Rat für die ökologischen Belange mit Hilfe des KISZ eingesetzt, während er bei Konflikten, in denen er sich in Gegensatz zur Parteiführung hätte begeben müssen, auf ein Engagement verzichtete.

3. Die Gewerkschaften

Der ungarische Zentralrat der Gewerkschaften (SZOT), dessen 19 Branchengewerkschaften rund 4,5 Millionen Menschen, d. h. beinahe jeden unga-

rischen Arbeitnehmer vertreten, hat die widersprüchliche Aufgabe, einerseits die materiellen, sozialen und kulturellen Interessen seiner Mitglieder zu vertreten, andererseits, wie es offiziell heißt, die Werktätigen zum Aufbau der sozialistischen Gesellschaft zu erziehen⁵⁾. Der hohe Mitgliedsstand erklärt sich vor allem aus den sozialen Leistungen der Gewerkschaften (Urlauberheime, Erwerbslosengeld usw.), doch seine politische Rolle ist gering — obwohl die Bewegung der Arbeiterräte in Ungarn in den Revolutionen von 1919 und 1956 eine große Rolle spielte. Größere Aufmerksamkeit wurde den ungarischen Gewerkschaften nur während der polnischen Streikbewegung in den Jahren 1980/81 gewidmet; mit der politischen Befriedung in Polen und der Verschärfung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Ungarns wurden die Gewerkschaften jedoch zusehends in die Rolle gedrängt, höhere Arbeitsleistungen zu fordern und an dem Sanierungsprozeß der Wirtschaft mitzuwirken sowie das standesähnliche konservative Denken der Arbeiter gegenüber ökonomischen Umstrukturierungen aufzubrechen.

Die mangelhafte soziale Interessenvertretung durch die Gewerkschaften führte im Vorfeld ihres 25. Kongresses im Frühjahr 1986 zu heftigen Diskussionen in der Mitgliedschaft; dort verwies man auf die wachsenden sozialen Probleme durch Inflation und Zwang zur Zusatzarbeit nach Feierabend, wovon besonders kinderreiche Familien, Rentner und ungelernete Arbeiter hart betroffen seien. Die Gewerkschaftsführung versprach daraufhin, den sozialen Problemen mehr Aufmerksamkeit schenken zu wollen, wies jedoch Ansichten zurück, die die Interessen der Beschäftigten eines einzelnen Betriebes über diejenigen der Volkswirtschaft stellen wollten. Der Vorsitzende des SZOT, Sándor Gáspár, bejahte die Wirtschaftsreformen und die Existenz eines zweiten, nicht-staatlichen Arbeitsmarktes, auch wenn dadurch die Tätigkeit in der Hauptarbeitszeit möglicherweise ethisch entwertet werde und Arbeitskräfte in die weniger effizienten, aber besser entlohnten Bereiche strömten. Die Gewerkschaftsführung führte die Demokratisierung des Wirtschaftsprozesses auf Betriebsebene an, verlangte dafür aber eine erhöhte Arbeitsmoral und die Bereitschaft zu Entsaugungen in einer wirtschaftlich schwierigen Lage. Nachdem der Kongreß vorüber war, beteiligte sich der SZOT auch an der öffentlichen Vorstellung eines Gesetzespaketes über Betriebsstillegungen, Massenentlassungen und Einführung eines Erwerbslosengeldes in Ungarn, das im September 1986 in Kraft trat und

⁵⁾ Ungarn heute, hrsg. vom Statistischen Zentralamt, Budapest 1985, S. 38.

die hohen Subventionen für unrentable Unternehmen reduzieren soll⁶⁾.

4. Die Patriotische Volksfront

Die Volksfront (HNF), die vergleichbar ist mit der Nationalen Front in der DDR und über nahezu 5 000 lokale Kommissionen mit etwa 100 000 gewählten Mitgliedern verfügt, „vereinigt die Kräfte der Gesellschaft zum völligen Aufbau des Sozialismus, zur Lösung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben, und wirkt bei der Wahl und in der Arbeit der Volksvertretungsorgane mit“ (Verfassungstext). Unter ihrem Generalsekretär Imre Pozsgay kann seit einigen Jahren der Versuch beobachtet werden, die Volksfront als Organisation halb-offizieller gesellschaftlicher Initiativen und als Instrument eines begrenzten Demokratisierungsprozesses zu profilieren. In zahlreichen Reden machte sich Pozsgay für die Entwicklung von Demokratie und Selbstverwaltung stark, um „weiteren gewillten Bürgern Möglichkeiten zu echten Aktivitäten im öffentlichen Leben“ zu bieten. So könne die Volksfront zu einem perspektivischen, strategischen Faktor auf Ungarns Weg der gesellschaftlichen Reform und Erneuerung werden. „Ein Staatsbürger mit reduzierter Rolle kapselt sich auf individualistische Weise ab, fordert einfach die Befriedigung seiner Bedürfnisse. Ein verantwortungsvoller und zu Entscheidungen fähiger Bürger hingegen handelt im Bereich der Selbstverwaltung selbstbewußt, bringt der Regierung in schweren Zeiten Verständnis entgegen und setzt sich auch dann für den Sozialismus ein, wenn dieser die Befriedigung seiner berechtigten Bedürfnisse auch nur in der Zukunft verspricht.“⁷⁾

Tatsächlich beschränkt sich die Mitwirkungsmöglichkeit der Volksfront jedoch auf ein schmales Feld, das Fragen der Siedlungspolitik, des Verbraucherschutzes, des Natur- und Umweltschutzes, der Durchführung der Wahlen und des „Systems demokratischer Foren“ umfaßt. Ihre Randstellung im politischen System wird auch darin deutlich, daß ihr Generalsekretär im Gegensatz zu den Vorsitzenden von SZOT und KISZ keinen Sitz im Politbüro innehat. Ein Versuch Pozsgays, 1986 einen „Verband Ungarischer Umweltschützer“ ins Leben zu rufen, wurde von der Parteispitze ebenso abgeblockt wie das Erscheinen einer kritischen Zeitschrift der Volksfront, deren erste Nummer vor der Auslieferung wieder eingestampft werden mußte. Vergeblich hat die Volksfront bislang auch die Einführung

lokaler Volksabstimmungen zu bestimmten Streitfragen propagiert, während sie in einer Reihe von begrenzten Umweltkonflikten mit ihrer Stellungnahme eine Entscheidung zugunsten der ökologischen Belange herbeiführen konnte. Darüber hinaus gelang es der Volksfront, die Gründung eines landesweiten Vereines kinderreicher Familien durchzusetzen, doch im Konflikt um ein gigantisches Staustufensystem an der Donau, gegen das 10 000 Menschen protestierten, verzichtete sie auf eine kritische Stellungnahme.

Ein wichtiges Ereignis im Zusammenhang mit den offiziellen Bemühungen um eine Reform des politischen Systems stellten die Parlamentswahlen im Juli 1985 dar⁸⁾. Unter dem Eindruck der Streikbewegung in Polen wurde Anfang der achtziger Jahre ein neues Wahlrecht ausgearbeitet, dessen bedeutendste Neuerung die Verpflichtung zur Aufstellung von mindestens zwei Kandidaten war, zwischen denen der Wähler sich entscheiden mußte. Kandidat konnte man werden, wenn man auf zwei Nominierungsversammlungen im Wohngebiet mindestens ein Drittel der Stimmen der Anwesenden auf sich vereinigen konnte und sich zum Programm der Volksfront bekannte. Faktisch bedeutete dies nur eine geringfügige Veränderung des Wahlrechtes, denn auch früher konnten schon mehrere Kandidaten bestimmt werden, was die lokalen Volksfrontkommissionen jedoch in den meisten Fällen ebenso verhinderten wie die Kandidatur von Unabhängigen. Das Besondere der Parlamentswahlen lag vielmehr darin, daß die breit propagierte Intention der Reform, Demokratisierung des politischen Systems, erstmals von einem größeren Teil der Gesellschaft beim Wort genommen wurde und rund 80 unabhängige Bürger sich um eine Kandidatur zu den sonst nur als „schäbigen Ritus“ betrachteten Wahlen bemühten. Die politische Führung wurde von dieser Entwicklung offensichtlich überrascht und rief noch während der Nominierungsversammlungen das Zentralkomitee zusammen, um die verunsicherten Parteikader zu beruhigen und Maßnahmen gegen unerwünschte Kandidaturen, z. B. von Oppositionellen, zu vereinbaren. Lediglich solche Kandidaten hatten danach noch eine Chance, als Anwerber auf ein Abgeordnetenmandat nominiert zu werden, die die Unterstützung lokaler oder anderer Kräfte aus dem Staats- und Parteiapparat genossen. Auf diese Weise führte das neue Wahlrecht nicht zu einer Demokratisierung des politischen Systems, sondern zu Verschiebungen inner-

⁶⁾ Ausführlich dazu Hubertus Knabe, Arbeitslos im Sozialismus, in: Kommune. Forum für Politik, Ökonomie, Kultur, 12 (1986), S. 45 f.; sowie Budapester Rundschau 36 (1986) vom 8. 9. 1986.

⁷⁾ Budapester Rundschau 3 (1986) vom 20. 1. 1986.

⁸⁾ Vgl. dazu Das Wahlsystem in Ungarn, hrsg. von BUDA-PRESS, Budapest 1985; Die Wahlen in Ungarn: Der tiefere Sinn, in: Osteuropa-Info Nr. 66, Hamburg 1986; Választási Almanach 1985 (Wahl-Almanach 1985); Független Kiadvány (Unabhängige Publikation), Budapest 1985.

halb der Machtstruktur, von denen vor allem die lokalen politischen Eliten profitierten, während Frauen und Gewerkschaftsvertreter seltener nominiert wurden. Hinweise auf eine echte Demokratisierung der Parlamentsarbeit, die in den Medien zunehmend breiter dargestellt wird, gibt es bislang nicht; unverändert besteht darüber hinaus die Praxis fort, die meisten Gesetze und Entscheidungen auf dem Verordnungsweg zu beschließen. Insgesamt gesehen ist die Volksfront neben den Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern wohl die wichtigste Stütze reformerischer Kräfte, deren Einfluß auf das politische System jedoch eher als gering zu veranschlagen ist, da sie unter den derzeitigen Bedingungen keine Chance haben, die Gesamtpolitik in Ungarn zu bestimmen.

5. Die Medien

Bei den Versuchen, das politische System in Reformperioden durchlässiger zu gestalten, kommt — wie jetzt auch in der Sowjetunion — den Medien (Radio, Fernsehen, Zeitungen, Zeitschriften, Buchproduktion und Film) eine hervorragende Rolle zu. In Ungarn hat diese Strategie bereits seit einer Reihe von Jahren dazu geführt, daß das Informationsniveau und das Problembewußtsein der Massenmedien und Teilöffentlichkeiten angestiegen sind. Reale gesellschaftliche Probleme wie Arbeitslosigkeit, Umweltverschmutzung, Drogen- und Alkoholkonsum, sinkende Lebenserwartung usw. finden ebenso ihren Niederschlag wie solche Tabuthemen, die nicht der inneren Opposition oder der westlichen Berichterstattung überlassen bleiben sollen (z. B. der Aufstand von 1956, die Lage der ungarischen Minderheit in Rumänien, die radikale Reformdiskussion usw.). Auf diese Weise ist es gelungen, die Attraktivität der offiziellen Medien erheblich zu steigern und den Wert alternativer Informationsquellen — wie des amerikanischen Senders „Freies Europa“ — zu verringern. Auffällig ist dabei, daß in dem Bereich, wo es eine offizielle Zensurinstanz gibt (Filmproduktion), die Spielräume für Kritik größer sind als dort, wo Redakteure und Chefredakteure selber über die „Verantwortbarkeit“ der Beiträge entscheiden. Zudem ist zu beobachten, daß sich die „erleichternde“ Wirkung der Öffnung der Medien rasch abnutzt, wenn es, wie oftmals, bei Problemrhetorik bleibt und keine Lösungen zustande kommen.

Eine Änderung der Grundwidersprüche der Medienpolitik hat auch ein neues Pressegesetz aus dem Jahre 1986, das Aufgaben der Medien und ihrer Mitarbeiter neu regelte, nicht herbeiführen können, da die zentrale Kontrolle durch das ZK-Sekretariat für Agitation und Propaganda unverändert fortbesteht. So haben die Medien ihren Kom-

muniqué-Charakter behalten, der sie dazu verpflichtet, Erklärungen der Partei, der Regierung oder des sozialistischen Lagers den Anordnungen entsprechend zu publizieren, wovon vor allem die Tagespresse betroffen ist. Das gleiche gilt für die meisten politischen Ereignisse und ihre Bewertung, so daß die Vertreter alternativer Standpunkte nicht zu Wort kommen können. Zahlreiche wichtige Informationen werden der Bevölkerung zudem vorenthalten, wenn — wie etwa in den ersten Wochen nach dem sowjetischen Reaktorunglück — die Parteiführung eine Berichterstattung nicht wünscht. Schließlich kommt es auch immer wieder zu direkten Eingriffen gegen unliebsame Publikationen; und das ZK-Sekretariat verhindert, daß sich einzelne Medien als Vertreter einer kritischen Richtung profilieren können — notfalls, wie bei den Zeitschriften „Mozgó Világ“ (Bewegliche Welt) und „Tiszatáj“ (Land der Theiß), durch die Absetzung des Chefredakteurs und vorübergehende Einstellung des Erscheinens. Auf diese Weise ist der Mediensektor beständig Gegenstand politischer Auseinandersetzungen hinsichtlich der Frage, wie weit die Öffnung gegenüber den gesellschaftlich relevanten Themen gehen darf.

6. Die Kirchen

Als einzige nicht-kommunistische Großorganisationen sind die Kirchen⁹⁾ für eine Untersuchung des politisch-sozialen Systems der sozialistischen Gesellschaft besonders interessant. Die ungarischen Kommunisten begannen nach dem Zweiten Weltkrieg, den bis dahin erheblichen Einfluß der Kirchen, vor allem der katholischen Kirche, systematisch und mit eskalierender Brutalität zurückzudrängen. Unter diesem Druck setzte sich seit Anfang der fünfziger Jahre im katholischen Episkopat eine neue, anpassungsbereite Politik durch, die die staatsloyale Tradition des ungarischen Katholizismus unter anderen, d. h. sozialistischen Vorzeichen fortführte. Die katholischen Würdenträger verbanden ihre Kooperationsbereitschaft mit der Hoffnung, die Existenz der Kirche im Sozialismus zu sichern und praktische Erleichterungen ihrer Arbeit zu bewirken, sind aber — anders als in der DDR — bis heute unmittelbar abhängig vom Staats- und Parteiapparat, weil in Ungarn Bischöfe nur mit Zustimmung des staatlichen Kirchenamtes geweiht werden können.

⁹⁾ Schätzungen zufolge gibt es in Ungarn sechs Millionen Katholiken, zwei Millionen Calvinisten, 0,4 Millionen Lutheraner, 0,27 Millionen Griechisch-Orthodoxe und 0,1 Millionen Juden; vgl. dazu in deutscher Sprache Emmerich András/Julius Morel, Bilanz des ungarischen Katholizismus, München 1969; Hans H. Hücking, Katholische Basisgruppen in Ungarn, in: Hubert Frankenmüller (Hrsg.), Kirche von unten. Alternative Gemeinden, München-Mainz 1981.

Der Konflikt zwischen Staat und Kirche hat sich unter diesen Umständen zu einem Konflikt mit jenem Teil der kirchlichen Basis verschoben, der gegen die neue Allianz von Thron und Altar auftritt. In Ungarn sind dies vorrangig unabhängige katholische Gebetsgemeinschaften mit häufig fundamentalistischen Überzeugungen, die bis Anfang der siebziger Jahre vom Staat verfolgt wurden, während dann — im Zusammenhang mit den KSZE-Verhandlungen — der Episkopat selbst die Aufgabe übertragen bekam, diese Basisgemeinden zu disziplinieren. Zu einem zentralen Konfliktpunkt hat sich dabei seit einigen Jahren die Frage der Wehrdienstverweigerung entwickelt, die in Ungarn mit Gefängnisstrafen von durchschnittlich drei Jahren geahndet wird¹⁰). Während die Basisgemeinden die Schaffung eines Wehersatzdienstes fordern, hat die Kirchenhierarchie bei verschiedenen Gelegenheiten gegen die katholischen Wehrdienstverweigerer Stellung bezogen und disziplinarische Maßnahmen gegen die Arbeit der Basisgemeinden ergriffen.

Im Vergleich zu Polen oder der DDR gewährt die staatliche Kirchenpolitik in Ungarn den Glaubensgemeinschaften einen ausgesprochen schmalen, nahezu ausschließlich religiösen Spielraum, der sich auch in der Reformperiode nur unwesentlich vergrößert hat. Trotz einer auch in Ungarn zu beobachtenden Hinwendung zur Religiosität, die dem allgemeinen Säkularisierungsprozeß zuwiderläuft, und im Gegensatz zur Liberalisierung anderer Bereiche im Zuge der Reformpolitik wird den Kirchen eine autonome Stellung im politisch-sozialen System verweigert. Sie fungieren weder als „Stimme der Nation“ wie in Polen noch als Schutzraum für unabhängige gesellschaftliche Orientierungen wie in der DDR, sondern beschränken sich auf religiöse Aufgaben und die Rolle eines Verstärkers der Politik der Partei.

7. Unabhängige politische Bestrebungen

Nicht-kommunistische Parteien und Gruppen wurden in Ungarn zweimal — nach 1945 und nach 1956 — vollständig liquidiert. In der Reformperiode wurden dabei polizeiliche Mittel zunehmend von der Bereitschaft des politischen Systems ergänzt, sich für bestimmte Stimmungen und Bedürfnisse in der Bevölkerung zu öffnen und diese

¹⁰) Vgl. Klaus Ehring, *Wie Schafe unter Wölfen. Unabhängige Friedensinitiativen in Ungarn*, in: Osteuropa, 8 (1983); Klaus Ehring/Hans H. Hücking, *Die neue Friedensbewegung in Ungarn*, in: *Faszination der Gewalt. Politische Strategie und Alltagserfahrung*, Friedensanalysen 17, hrsg. von Reiner Steinweg, Frankfurt 1983; Interview mit György Bulányi, in: Hans-Henning Paetzke, *Andersdenkende in Ungarn*, Frankfurt 1986.

nicht mehr in die Illegalität abzudrängen. Ein Beispiel dafür ist die Integrationsstrategie im Hinblick auf den ungarischen Nationalfeiertag am 15. März, der niemals zu einem arbeitsfreien Tag erklärt wurde und lange Zeit Symbol unterdrückter nationaler und revolutionärer Gefühle war. Während bis Anfang der achtziger Jahre unangemeldete Studentenaufmärsche an diesem Tag von der Polizei brutal zerschlagen wurden, hat die Parteiführung das offizielle Gedenken zum 15. März inzwischen beständig ausgebaut und 1987 erstmals die Polizei angewiesen, für einen ungestörten Ablauf der illegalen Demonstration zu sorgen. Auf diese Weise wurde der Konsens zwischen Staat und Gesellschaft verstärkt und der Tag von der Partei partiell mit ihren eigenen politischen Inhalten besetzt.

Ein anderes Feld unabhängiger politischer Bestrebungen bilden Problemlagen, aus denen sich in westlichen Gesellschaften die neuen sozialen Bewegungen speisen und die auch in Ungarn zur Gründung unabhängiger Gruppen wie der Friedensinitiative „Diálogus“ oder der Protestbewegung gegen ein Staufensystem an der Donau geführt haben¹¹). Kennzeichnend für beide Initiativen war, daß sie keine grundsätzliche Kritik am politischen System üben wollten, sich bewußt von der Opposition entfernt hielten und zum Teil sogar bestritten, überhaupt eine politische Bewegung zu sein. Nach einer Übergangszeit leitete die Parteiführung eine Politik der Marginalisierung gegenüber diesen Gruppen ein, die — von polizeilichen Maßnahmen flankiert — zu deren Auflösung führte, während gleichzeitig die offiziellen Institutionen (Friedensrat, KISZ, Volksfront) für die genannten Anliegen partiell geöffnet wurden. Inzwischen hat in Ungarn jedoch eine sozialwissenschaftliche Diskussion eingesetzt, ob das politische System nicht Freiräume für solche autonomen gesellschaftlichen Bewegungen zulassen oder sogar deren institutionelle Absicherung, z. B. in Form eines Vereines, ermöglichen solle, ohne daß allerdings diese Diskussion bislang praktische Auswirkungen gezeigt hätte.

Ein weiteres Feld, auf dem sich gesellschaftliche Ambitionen mit einer gewissen Unabhängigkeit artikulieren können, sind die zahlreichen offiziell zugelassenen Klubs, Zirkel, Vereine und kulturellen Institutionen, denen von der Partei eine Ventilfunktion zugeordnet wird, ohne daß sich daraus politische oder soziale Bewegungen formieren. Dieses Modell, organisatorische Autonomie mit vielfälti-

¹¹) Vgl. dazu Hubertus Knabe, *Neue soziale Bewegungen als Problem der sozialistischen Gesellschaft. Zur Entstehung und Bedeutung neuartiger Bewußtseinslagen in der DDR und Ungarn*, erscheint in Kürze in: *Die DDR in der sozialistischen Staatengemeinschaft. XX. Tagung zum Stand der DDR-Forschung*, Edition Deutschland Archiv, Köln.

gem subtilen Druck bis hin zur Auflösungsdrohung zu verbinden, findet in erster Linie gegenüber der Intelligenz Anwendung und liegt auch der Rolle des ungarischen Schriftstellerverbandes zugrunde.

Insgesamt ist das Potential unabhängiger politischer Bestrebungen in den letzten Jahren erheblich angewachsen und umfaßt wahrscheinlich mehrere tausend Menschen, vor allem aus der Intelligenz. Es bleibt allerdings diffus und ungeordnet, da kein institutioneller Rahmen zur Verfügung steht, in dem es sich organisieren und kontinuierlich kristallisieren könnte. Bewegungen zu einzelnen politischen Themen können ebenso rasch entstehen wie wieder zerfallen, weshalb die Reaktion der Parteiführung auf solche Phänomene flexibler ist als die auf Gruppen wie die Basisgemeinden, die eine feste, kaum zu beeinflussende Ideologie und organisatorische Stabilität besitzen. Mit ebensolchem Nachdruck verhindert der Partei- und Staatsapparat auch die Entstehung sozialer Protestbewegungen außerhalb der Intelligenz, die das politische System – wie 1980/81 in Polen – unmittelbar gefährden könnten.

8. Opposition

Zu den kompliziertesten Phänomenen des politisch-sozialen Systems in Ungarn gehören die Aktivitäten jenes Kreises von Intellektuellen und Systemkritikern, der sich selbst „demokratische Opposition“ nennt und dessen wichtigste Tätigkeit die Schaffung einer unabhängigen „zweiten Öffentlichkeit“ darstellt¹²⁾. Allein die Definition dieser Gruppe von Schriftstellern, Philosophen, Soziologen, Historikern, Literaturkritikern und Vertretern anderer intellektueller Berufe ist äußerst schwierig, weil die Vielfalt von Meinungen, Tätigkeiten und Lebensläufen sowie die fließenden Übergänge zum „offiziellen“ ungarischen Geistesleben eine genaue Bestimmung etwa nach inhaltlichen Kriterien ausschließt. Auch der Einfluß der Opposition in Ungarn ist schwer abzuschätzen, weil einerseits ihre Vorstellungen über die Untergrundpresse, private Seminare und die in ungarischer Sprache gesendeten Programme von „BBC“ und „Radio Freies Europa“ einen großen Adressatenkreis erreichen, andererseits die Opposition gegenüber der Gesellschaft extrem isoliert ist und vielfach als elitärer, auf Budapest beschränkter, zum Teil mit besonderen Privilegien (West-Reisen) ausgestatteter Freundeskreis empfunden wird.

Die Entstehung der Opposition geht auf die Desillusionierung kritischer, „revisionistischer“ Marxisten zurück,

die in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre einsetzte und durch die sowjetische Intervention in der ČSSR beschleunigt wurde. Die Gruppe um den ehemaligen ungarischen Ministerpräsidenten András Hegedüs, der damals die Soziologische Forschungsgruppe an der Akademie der Wissenschaften leitete, stieß mit ihrer Bürokratiekritik und ihren Sozialismusvorstellungen schon seit Mitte der sechziger Jahre auf den Widerstand des Parteiapparates und geriet durch ihren Protest gegen den Prager Einmarsch in einen offenen Konflikt. Ein ähnlicher Vorgang spielte sich um den Philosophen Georg Lukács ab, dessen Arbeiten wegen seiner Mitgliedschaft im Kabinett von Imre Nagy den Geruch der politischen Opposition trugen und dessen Schüler mit der „Budapester Schule“ eine Erneuerung des Marxismus anstrebten. Einigen heutigen Oppositionellen wurde 1968 auch ein Prozeß wegen maoistischer Aktivitäten gemacht. Zu einer Marginalisierung dieser Intellektuellen kam es 1973, als die Reformperiode in Ungarn gestoppt wurde: Sieben Wissenschaftler, unter ihnen András Hegedüs und die Schüler des zu diesem Zeitpunkt bereits verstorbenen Lukács, erhielten Berufsverbot; die Parteimitglieder unter ihnen wurden aus der MSZMP ausgeschlossen. Kurz darauf kam es auch zu Prozessen und vorübergehenden Verhaftungen. Trotzdem wurde der ideologische Erosionsprozeß unter den Intellektuellen, der sich in dem Konflikt andeutete, nur langsam zu einem Faktor im politischen System, denn ihre neo-marxistischen Vorstellungen waren in der ungarischen Gesellschaft alles andere als populär.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, die durch eine innen- und außenpolitische Entspannung in Ungarn gekennzeichnet waren, begann die kritische Intelligenz, in Ermangelung offizieller Publikationsmöglichkeiten sich eine eigene Öffentlichkeit für ihre Überlegungen zu schaffen: Manuskripte wurden privat vervielfältigt, Vorlesungen in Privatwohnungen abgehalten, politische Vorgehensweisen diskutiert. Viele Intellektuelle lösten sich vom Marxismus und stellten die Verwirklichung der bürgerlichen Freiheiten als Minimalprogramm in den Mittelpunkt ihrer Vorstellungen. Dies fand praktisch-politisch seinen Ausdruck in zwei Solidaritätserklärungen für die Charta 77, die 1977 und 1979 von ungarischen Intellektuellen unterzeichnet wurden.

Den Behörden gelang es nicht, die Entstehung der Opposition zu verhindern, obwohl sie mit Entlassungen, Publikationsverboten, Vorladungen und einer großzügigen Praxis bei der Genehmigung von Auslandsaufenthalten reagierten. Statt dessen hat sich die „zweite Öffentlichkeit“ in den achtziger Jahren stabilisiert und ausdifferenziert und den

¹²⁾ Vgl. dazu György Dalos, Archipel Gulasch. Die Entstehung der demokratischen Opposition in Ungarn, Bremen 1986.

Charakter einer Gegenöffentlichkeit angenommen, die unterbliebene Nachrichten, aktuelle Informationen und Kommentare sowie Aufrufe, Analysen, philosophische Essays und verbotene Literatur einem begrenzten Kreis zur Kenntnis bringt¹³). Inhaltlich schlägt sich dies in der Dominanz solcher Themen nieder, die in der staatlichen Öffentlichkeit nicht oder nur unzureichend behandelt werden (der Aufstand von 1956, die Lage der ungarischen Minderheit in Siebenbürgen, die Geschichte Ungarns nach dem Zweiten Weltkrieg, Menschenrechtsverletzungen, Umweltprobleme, Antisemitismus usw.) — häufig mit dem Ergebnis, daß auch die offiziellen Medien sich den aufgeworfenen Fragen zuwenden.

Die ungarische Opposition ist eine typische Intellektuellenbewegung, die durch ein hohes Maß an Theorie und einen Mangel an politischer Praxis gekennzeichnet ist, was nicht zuletzt auch eine Folge des Arrangements der Gesellschaft mit dem System des Kadarismus ist. Angesichts der Vielfalt von politischen Theorien und Überzeugungen läßt sich die Opposition am ehesten als Keimform einer demokratischen Öffentlichkeit verstehen, die erst in einer Umbruchssituation größere politische Bedeutung gewinnen, dann aber auch in sehr unter-

schiedliche Strömungen zerfallen könnte. Die staatliche Strategie gegenüber der Opposition besteht im wesentlichen darin, ihre gesellschaftliche Isolation aufrechtzuerhalten, ihre praktische Tätigkeit zu erschweren und ihr politisches Gewicht zu neutralisieren, ohne zu Methoden zu greifen, die die Fiktion einer liberalen, zivilisierten und erneuerungsfähigen Gesellschaft nachhaltig zerstören würden. Hinter dieser Politik, die von der Opposition manchmal als „repressive Toleranz“ bezeichnet wird, steht die Überlegung, daß diese außen- und innenpolitisch so lange mehr Vor- als Nachteile mit sich bringt, wie die Stabilität des politisch-sozialen Systems nicht in Gefahr gerät. Insofern ist die Ausweitung der „zweiten Öffentlichkeit“ in den achtziger Jahren nur zum Teil ein Zeichen der Zunahme oppositioneller Bestrebungen und spiegelt auch die Stärke des Kadarismus, der sich mit einer differenzierten Isolierungs- und Integrationsstrategie gegenüber der kritischen Intelligenz begnügen kann. Die Wirtschaftskrise und das Anwachsen sozialer Spannungen im heutigen Ungarn könnten jedoch durchaus dazu führen, daß die politische Führung diese Politik revidiert, wobei, zumindest theoretisch, zwei Varianten denkbar sind: die Liquidierung der Opposition mit polizeilichen Mitteln oder ihre Einbeziehung in eine Lösung der Krise.

III. Bewertung der Reformpolitik

Das politisch-soziale System in Ungarn, von dem hier nur einige Facetten dargestellt werden konnten, hat nach 1956 erhebliche Wandlungen erfahren, die eine differenzierte Bewertung der Reformpolitik erforderlich machen. Der Wandlungsprozeß wurde vom Bemühen der politischen Führung geleitet, Rationalität, Flexibilität und Effektivität in der Lenkung und Entwicklung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse zu stärken, um nach der Krise von 1956 und den nachfolgenden Jahren der Repression das politisch-soziale System zu stabilisieren, Fehler nach Möglichkeit zu beseitigen und einen neuen gesellschaftlichen Entwicklungsschub einzuleiten. Trotz Unterbrechungen und mancher gegenläufiger Prozesse griff in Ungarn damit über einen relativ langen Zeitraum eine Politik begrenzter Reformen Platz, deren bedeutendste Auswirkungen im Bereich des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens liegen. Sie wurde von der Intention

geführt, die Ökonomie zu modernisieren, die Möglichkeiten materieller Bedürfnisbefriedigung sichtbar zu verbessern, die Gesellschaft zur Mitarbeit und größerer Übereinstimmung mit der Führung zu bewegen und der Intelligenz größere Entfaltungsmöglichkeiten einzuräumen. Auf diese Weise ist es dem Kadarismus gelungen, die Krise des Jahres 1956 weitgehend erfolgreich zu bewältigen, einen beachtlichen Konsens zwischen Staat und Gesellschaft herzustellen und in vielen Bereichen eine dynamische gesellschaftliche Entwicklung zu bewirken. Erst in der Wirtschaftskrise der achtziger Jahre drohen diese positiven Trends wieder umgekehrt zu werden.

Das politische System selbst blieb dabei von diesem Wandlungsprozeß relativ unberührt, weil die Reformen von vorneherein strukturellen Einschränkungen unterlagen: Sie berühren nicht das Grundmodell der sozialistischen Gesellschaft einschließlich der monopolisierten politischen Herrschaft und der Vormachtstellung der Sowjetunion; sie erfassen kaum oder gar nicht den Kernbereich der Machtstrukturen (Partei, Armee, Polizei,

¹³) Eine Auflistung des Untergrundverlegers Gábor Demszky kam auf 164 unabhängige Schriften, die zwischen Dezember 1981 und November 1985 in Ungarn erschienen sind.

Staatsapparat); sie sind institutionell nicht abgesichert und können damit — wie Anfang der siebziger Jahre — jederzeit durch politischen Beschluß gestoppt oder rückgängig gemacht werden. Dadurch erscheinen die Ziele des Reformprozesses in der Bevölkerung als grundsätzlich unglaubwürdig, langfristig ungesichert und kurzfristig immer wieder durch gegenteilige Erfahrungen konterkariert. Ökonomisch drückt sich dies u. a. darin aus, daß Gewinne aus der privaten Wirtschaft nicht re-investiert, sondern in Konsumgütern angelegt werden; gesellschaftlich in Passivität, Verantwortungslosigkeit und Demoralisierung. Die Intention der Reformen, die Gesellschaft zu echter Mitarbeit zu mobilisieren, konnte daher nur in Teilbereichen und auch da nur begrenzt realisiert werden.

Eine der langfristig vielleicht bedeutsamsten Folgen des Bestrebens der Reform, Rationalität, Effektivität und materielle Bedürfnisbefriedigung in den Mittelpunkt von Politik und Wirtschaft zu stellen, ist ein massiver Entideologisierungsprozeß. Dieser äußert sich in der Bevölkerung in einem häufig extremen Materialismus, im Partei- und Staatsapparat in einem oftmals zynischen Pragmatismus und in der Intelligenz und der gebildeten Jugend in einem Zuwachs geistiger Autonomie und politischen Selbstbewußtseins. Es ist ein völlig neues Klima innergesellschaftlicher Kommunikation und Orientierungen entstanden, das nur noch sehr wenige Bezüge zum Marxismus-Leninismus enthält. Dadurch entsteht eine zunehmende Spannung zwischen den äußeren, strukturellen Determinanten des politischen Systems und dem tatsächlichen Bewußtsein in der Gesellschaft, dessen tiefgreifenden Wandel der ungarische Soziologe Iván Széleányi einmal treffend als „sozialistische Verbürgerlichung“ gekennzeichnet hat. Gesellschaft und insbesondere Partei- und Staatsapparat sind an ein ideologisches System gebunden, das, zugespitzt formuliert, nur wenige ernst nehmen und das von einer immer kleiner werdenden Zahl von Menschen aktiv vertreten wird.

Gleichzeitig bildet sich auf diese Weise ein Antagonismus zwischen einer liberalen Kultur des Denkens, die sich besonders stark in der Intelligenz entwickelt hat, und der anti-liberalen politischen Praxis heraus. Dieser Antagonismus wird noch dadurch verstärkt, daß die Politik der „repressiven Toleranz“ nach sozialen Schichten und Regionen unterschiedlich gehandhabt wird, also der hauptstädtischen Intelligenz Freiheiten eingeräumt werden, deren Inanspruchnahme auf dem Lande durch einen Vertreter mit niedrigem sozialem Status Repressionen nach sich ziehen würde. In Teilen der Gesellschaft, besonders in der jungen Generation, die als „Nachgeborene“ keine Dankbarkeit mehr

gegenüber dem Kadarismus für die „kleinen Freiheiten“ empfindet, drängt man auf Auflösung der Widersprüche. Das führt zu einem Zuwachs an kritischem gesellschaftspolitischem Engagement, das zwangsläufig an die Grenzen des politischen Systems stößt. Illusionen oder Hoffnungen werden enttäuscht, und das politische System weist gerade jene aktivsten gesellschaftlichen Kräfte zurück, deren Mitarbeit es braucht und gewinnen will. Die Spannungen im Bewußtsein der ungarischen Gesellschaft sind mit der Reformpolitik letztendlich nicht kleiner, sondern größer bzw. deutlicher geworden und haben Mitte der achtziger Jahre, durch soziale Gegensätze und physische und psychische Überanstrengung verstärkt, ein für die Führung beunruhigendes Ausmaß angenommen.

Von besonderem Interesse in diesem Zusammenhang sind die sozialen Auswirkungen des Reformprozesses und der Ausweitung des Marktes in der sozialistischen Gesellschaft. Auf der einen Seite konnte die Warenversorgung erheblich verbessert, Unzufriedenheit abgebaut und ein großer Teil der individuellen Anstrengungen in die Befriedigung der Konsumbedürfnisse gelenkt werden. Auf der anderen Seite ist gleichzeitig auf diese Weise eine Art bürgerliches Subjekt neu entstanden, das sowohl als Käufer als auch als privater Anbieter von Waren, Dienstleistungen oder Arbeitskraft über eine größere Autonomie verfügt als in anderen sozialistischen Staaten, was für Stabilität und Effektivität des politisch-sozialen Systems widersprüchliche Auswirkungen hat. Schließlich haben die Reformen aber auch zu einem Ansteigen der sozialen Unterschiede und Spannungen geführt, die in den achtziger Jahren eine wachsende Unzufriedenheit ausgelöst haben¹⁴). Der breite Anstieg des Lebensstandards und der Realeinkommen in den siebziger Jahren währte nur eine verhältnismäßig kurze Zeit; er erfaßte danach im wesentlichen nur noch eine schmale Schicht, die durch staatliche Funktionen oder Verdienste aus der privaten Wirtschaft ein weit über dem Durchschnittslohn (ca. 5 500 Forint = ca. 200 DM) liegendes Einkommen erwirtschaften konnte. Demgegenüber ist die Schicht derjenigen angewachsen, die über ein durchschnittliches Einkommen verfügen und durch Inflation, Korruption („Trinkgelder“ für ärztliche Behandlung, Dienstleistungen etc.) und das hohe Preisniveau in der privaten Ökonomie dazu gezwungen sind, einem zweiten, dritten oder sogar

¹⁴) Zu diesem Komplex vgl. in deutscher Sprache István Kemény. Die neue Armut in Ungarn und ihre Ursachen, sowie Brigitte Mihok. Die Schattenseiten der Wirtschaftsreform. Die Situation der unterprivilegierten sozialen Schichten am Beispiel der Zigeuner, in: Osteuropa-Info, (Anm. 8).

vierten Beruf nach Feierabend nachzugehen, um ihren Lebensstandard zu halten. So lagen die Realeinkommen 1985 um 5 % unter denen des Jahres 1980, während sich die Konsumpreise im selben Zeitraum um 39 % erhöhten; zugleich ist Ungarn das Land mit der höchsten Pro-Kopf-Arbeitszeit in Europa¹⁵⁾. Schließlich ist eine breite Schicht der Bevölkerung überhaupt nicht in der Lage, ein durchschnittliches Einkommen zu erwirtschaften, so daß mindestens 800 000 Menschen (8 % der Gesamtbevölkerung) unterhalb des offiziellen Existenzminimums von monatlich 2 400 Forint (ca. 100 DM) leben. Die Verarmung trifft vor allem Rentner, Zigeuner, Hilfsarbeiter und kinderreiche Familien. Die aus den fünfziger Jahren im wesentlichen unverändert übernommene Sozialpolitik, die „Asozialität“ als Straftatbestand versteht, ist ungeeignet, der powerisierten Bevölkerungsgruppe ein menschenwürdiges Dasein zu sichern.

Diese Austeritätspolitik, die dem ungarischen Weg das Etikett „sozialistischer Thatcherismus“ eingetragen hat, verstärkt soziale Negativtrends wie Kriminalität, Alkoholismus, Krankheits-, Selbstmord- und Scheidungsrate und führt zu einer Polarisierung innerhalb der Gesellschaft, die sich in Empfindungen wie Sozialneid und Anti-Reformismus auf der einen, Egoismus und Diskriminierung der Schlechtergestellten auf der anderen Seite ausdrückt. Die Politik der ungarischen Führung, mit Betriebsstillegungen und Entlassungen staatliche Subventionen abzubauen und in den nächsten Jahren insgesamt 200 000 Arbeitsplätze zu liquidieren, verschärft das soziale Klima und hat in einzelnen Regionen wie der nordungarischen Industriestadt Ózd zu einer Verdoppelung der Kriminalität innerhalb eines Jahres geführt. An dieser Stelle wirken nun die Defizite des politisch-sozialen Systems besonders einschneidend, denn es läßt weder die Entstehung schlagkräftiger gesellschaftlicher Interessenvertretungen und die Ausübung politischen Drucks, noch die Herausbildung einer breiten, unabhängigen und betroffenenorientierten Sozialpolitik zu. Die Reformpolitik oder vielmehr ihre Einengung auf die wirtschaftliche Sphäre haben auf diese Weise über die beabsichtigte Differenzierung der Gesellschaftsstruktur hinaus eine insgesamt negativ zu beurteilende soziale Entwicklung eingeleitet und forciert.

Fragt man nach der Übertragbarkeit der ungarischen Reformpolitik auf andere sozialistische Staaten, so muß man sich zunächst die spezifischen Gründe vor Augen führen, die den Entwicklungs-

weg im kleinsten Land des Warschauer Paktes geformt haben: Ausgangspunkt des Kadarismus sind der Volksaufstand von 1956 und seine Niederschlagung durch sowjetische Truppen, die die Bevölkerung zu der Einsicht zwangen, daß eine Veränderung der politischen Rahmenbedingungen illusorisch sei; sie suchte nach einem Arrangement und verharnte auch dann noch im Schrecken der Niederlage, als sich die Spielräume im Zusammenhang mit den Reformvorbereitungen Mitte der sechziger Jahre erweiterten. Umgekehrt war die politische Führung, die zum Teil selbst — wie Kádár — unter dem Stalinismus zu leiden gehabt hatte, bereit und entschlossen, den Ursachen der Krise von 1956 vorzubeugen und das politisch-soziale System im Sinne des sogenannten Zweifronten-Krieges gegen „Revisionisten“ und „Stalinisten“ zu verändern. Resignation unten und Reformwilligkeit oben boten die Voraussetzungen für einen Reformprozeß, der weiter ging als in anderen sozialistischen Staaten und trotzdem nicht der Kontrolle der Führung entglitt.

Hinzu kommen weitere spezifisch ungarische Bedingungsfaktoren wie die extreme Abhängigkeit Ungarns vom Außenhandel, wodurch die politische und ökonomische Öffnung gegenüber dem Westen forciert wurde, und Ungarns relative geopolitische Unbedeutsamkeit, die größeren Spielraum für Experimente läßt. Von Bedeutung sind auch die besondere soziale Struktur Ungarns, das bis 1945 vor allem agrarisch geprägt war, und die daraus resultierenden politischen Traditionen, in denen demokratische Bestrebungen wenig verankert sind und gesellschaftlicher Widerstand nur in historischen Ausnahmesituationen entstanden ist.

Schließlich kann man die Reformpolitik auch als eine Annäherung an Strukturen und Traditionen des Vorkriegsungarns interpretieren, die in der Umwälzungsperiode nach 1945 zunächst heftig bekämpft wurden, heute aber gewissermaßen wieder rehabilitiert sind: die stille Akzeptanz einer breiten pauperisierten Bevölkerungsschicht; die Existenz zweier scharf voneinander getrennten sozialen Wirklichkeiten, von denen die eine Ausländern und einer schmalen Schicht Besserverdienender, die andere dagegen der breiten Bevölkerung vorbehalten ist; die strenge Gliederung der Gesellschaft nach Geschlecht, Status, Verdienst und Stellung im hierarchischen Aufbau; die Marginalisierung von sozialen Randgruppen (Zigeuner) und politischen Oppositionsbestrebungen; die Herausbildung und „Kultivierung“ einer aufgeklärten, aber isolierten Intelligenz; der wachsende Nationalismus und die feindlichen Gefühle gegenüber dem Nachbarstaat Rumänien; die autoritäre, patriarchalische politische Ordnung, für die gleichzeitig ein

¹⁵⁾ Ferenc Köszeg, Hungary Doesn't Deserve Model Communist Image, in: The Wall Street Journal vom 18. 6. 1986.

gewisses „Laisser-faire“ und „Savoir-vivre“ sowie eine zuweilen fast sibyllinische Zweideutigkeit in der Orientierung zwischen den Großmächten kennzeichnend sind.

Kommen wir auf die eingangs aufgeworfenen Fragen zurück, können wir resümieren, daß Ungarn weder als ein „Modell“ der sozialistischen Gesellschaft, das auf andere Länder beliebig übertragen werden kann, zu betrachten ist, noch im eigentlichen Sinne des Wortes als „liberal“ zu definieren ist. Das Gewicht der spezifisch ungarischen Bedingungen ermöglicht es höchstens, im Zusammenhang mit dem Reformprozeß von bestimmten Erfahrungen, bestenfalls von modellhaften Elementen zu sprechen, die für andere Länder interessant sein könnten; der politische Inhalt des Wandlungsprozesses ist dagegen eher mit der Philosophin Agnes Heller als „Enttotalisierung der Gesellschaft“ zu bezeichnen, die die Struktur der Herrschaft bislang weitgehend unberührt gelassen hat. Die endgültige Bewertung des Reformprozesses in Ungarn hängt schließlich ganz entscheidend von seinem Ergebnis ab, also von der Frage, wohin dieser Wandel führt. Dies ist bislang nicht endgültig zu beantworten, denn als Endpunkt der durch den Kadarismus ausgelösten Dynamik sind sowohl eine weitere Öffnung des politischen Systems und eine Pluralisierung der Gesellschaft denkbar als auch eine Verschärfung der sozialen Spannungen mit dem Ergebnis einer ähnlichen Entwicklung wie in

Polen. Sicher ist aber, daß der Kadarismus in seiner jetzigen Form aufgrund seiner inneren Widersprüche nur eine Übergangsperiode darstellt, deren Ende gerade jetzt durch eine Reihe von Faktoren heranzurücken scheint: Die absehbare Ablösung des Parteichefs János Kádár aufgrund seines fortgeschrittenen Alters und die dann eröffnete Möglichkeit und Notwendigkeit zur Neuordnung der ungarischen Politik; das Nachlassen der materiellen Integrationskraft des Kadarismus; die Aufzehrung der historisch bedingten „Dankbarkeit“ der Bevölkerung für den Prozeß begrenzter Reformen; die Erosionserscheinungen innerhalb der Intelligenz und die zunehmenden Schwierigkeiten der kadaristischen Bündnispolitik gegenüber den sozialen Schichten; die Entstehung unabhängiger gesellschaftlicher Bewegungen, die das Herrschaftsmonopol der Partei bedrohen; die Verschärfung der ökonomischen Krise und die Unmöglichkeit, sie mit dem bisherigen Instrumentarium zu bekämpfen; schließlich die neue Reformdynamik in der Sowjetunion, die dem Kadarismus die wichtigste Säule seiner Legitimation gegenüber der Bevölkerung als „kleineres Übel“ raubt — diese und weitere Faktoren bestärken den Eindruck, daß Ungarn am Ende einer mehr als dreißigjährigen Epoche steht. Erst wenn die Weichen der post-kadaristischen Periode in Ungarn gestellt sind, läßt sich ein endgültiges Urteil über die Bedeutung des ungarischen Weges nach 1956 fällen.

Rumänien: Hoher Preis der Autonomiepolitik

I. Kritik und Rechtfertigung

Rumänien hat keine gute Presse mehr. Einst hochgelobt für seine unabhängige Außenpolitik, die Strategie schrittweiser „Entsatellisierung“ und mutiges Löcken wider den sowjetischen Stachel, wird das Land seit einigen Jahren in den westlichen Medien vorwiegend negativ beurteilt. Sowohl die katastrophale Versorgungslage der Bevölkerung als auch die Unterdrückung oppositioneller Kräfte, die Behandlung der Minderheiten und die „Clan-Herrschaft“ der Familie Ceaușescu werden einem Dauerfeuer harscher Kritik unterzogen.

Seit dem Besuch des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow in Bukarest im Mai 1987 können sich westliche Publizisten bei der Darstellung der rumänischen Verhältnisse auch auf detaillierte Informationen aus sowjetischen Quellen berufen. So bildete sich eine etwas seltsam anmutende Allianz westlicher und sowjetischer Presseorgane in der kritischen Analyse von Irrtümern und Verfehlungen des Ceaușescu-Regimes sowie bei der Vergabe unerbetener Ratschläge. Die Korrespondenten der „Pravda“, „Izvestija“ und des sowjetischen Fernsehens vergaßen zumeist nicht, in ihren erstaunlich ungeschminkten Berichten über die Lebensverhältnisse in Rumänien auch das große Interesse in weiten Kreisen der rumänischen Gesellschaft am wirtschaftlichen Reformprogramm der UdSSR zu erwähnen. Einige dieser „Interessenten“ unter der rumänischen Politprominenz wurden in der sowjetischen Presse sogar namentlich zitiert¹⁾. Es handelt sich dabei um jüngere Nationalökonomien und Altkommunisten, die offensichtlich einen wirtschaftspolitischen Kurs vertreten, der von der ebenso zentralistischen wie autarkistischen Strategie der rumänischen Führung erheblich abweicht.

Gorbatschow war in Bukarest noch viel deutlicher geworden. Unverblümt — wie bisher in keinem der besuchten Bruderländer — empfahl er sein Konzept der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erneuerung zur Nachahmung, forderte tiefgreifende Systemreformen, um stagnierende sozialistische Volkswirtschaften wieder in Schwung zu bringen, und riet zu „Demokratisierung“, Selbstverwaltung und offenerer Information der Bürger. Hauptgegenstand der bilateralen Gespräche waren offen-

bar schwere Unzulänglichkeiten in den gegenseitigen Beziehungen. Öffentlich bezeichnete Gorbatschow die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern auf einigen Gebieten als eher „mittelmäßig oder sogar schlecht“²⁾. Insbesondere die Kontakte zwischen beiden Parteien ließen zu wünschen übrig. Die wirtschaftliche Kooperation zwischen Rumänien und der UdSSR bedürfe dringend einer Verbesserung. Er beanstandete die schlechte Qualität der zur Bezahlung sowjetischer Rohstoffe und Energieträger gelieferten rumänischen Industrieprodukte und drängte energisch auf eine stärkere Integration Rumäniens in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW).

Hektische Rechtfertigungen der rumänischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im Vorfeld des Bukarester Gipfeltreffens und die offiziellen Presse- und Rundfunkverlautbarungen während und nach dem Staatsbesuch Gorbatschows zeigten eine beträchtliche Nervosität der rumänischen Führung. Allzu offensichtlich waren Befürchtungen, die Sowjetunion könne — wie schon zu Chruschtschows Zeiten — ihren Druck auf Rumänien verstärken, um das Land in eine bisher verweigerte Botmäßigkeit zu zwingen. Mit der KPdSU und ihrem dynamischen, ungeduldigen Generalsekretär rechnete der rumänische Staats- und Parteichef Nicolae Ceaușescu auf seine Art ab: Belehrungen aus Bukarest über den Charakter des wahren, ideologisch begründeten Weges zur „vielseitig entwickelten“ sozialistischen Gesellschaft häuften sich, seit Gorbatschow im April 1985 seine Absicht verkündete, ein großangelegtes Reformkonzept in der Sowjetunion zu verwirklichen.

Die rumänischen Medien wurden nicht müde darauf hinzuweisen, daß mit der Machtübernahme der Kommunistischen Partei, beschleunigt durch den Amtsantritt Nicolae Ceaușescus, in Rumänien ein Modernisierungsprozeß in Gang gesetzt worden sei, der inzwischen alle Bereiche der Wirtschaft und Gesellschaft erfolgreich durchdrungen habe. Die rumänische Führung habe frühzeitig die Notwendigkeit erkannt, zur intensiven Entwicklungsphase

²⁾ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. Mai 1987; vgl. auch Anneli Ute Gabanyi, Gorbatschow in Bukarest: Rumänisch-sowjetische Differenzen treten offen zutage, in: Südosteuropa, 36 (1987), S. 267 ff.

¹⁾ Pravda vom 25. und 26. Mai 1987.

überzugehen. Mit der Einführung des „Neuen Ökonomisch-Finanziellen Mechanismus“ im Jahre 1978 habe sie den veränderten wirtschaftlichen Bedingungen Rechnung getragen. Durch den Zwang der Unternehmen zur Selbstfinanzierung, das leistungsbezogene Lohnsystem und die „Perfektionierung der zentralen Planung und Leitung“ sei die Effizienz der Volkswirtschaft gesteigert worden. Was Gorbatschow als Grundlage „sozialistischer Demokratisierung“ bezeichne, nämlich die Mitbestimmung der Arbeitskollektive, sei in Rumänien längst durch die Partizipation der Werktätigen an der Formulierung der Wirtschaftspolitik wie auch an den Entscheidungen der Betriebe gewährleistet. Der von Gorbatschow in der Sowjetunion kritisierten Verkrustung einer selbstherrlichen, an Machterhalt und privilegiertem Status interessierten Bürokratie werde in Rumänien erfolgreich durch eine konsequente Ämterrotation entgegengewirkt.

Ende Januar 1987, als das Plenum des Zentralkomitees der KPdSU in Moskau Gorbatschows weitere Reformvorschläge diskutierte, veröffentlichte das Zentralorgan der Rumänischen Kommunistischen Partei eine Rede Ceauşescus, in der anderen ungenannten sozialistischen Entwicklungsmodellen mit der Penetranz ideologischen Gralshütertums vorgeworfen wurde, sie verstießen gegen „objektive Gesetze“ des Aufbaus einer kommunistischen Gesellschaft und gegen die „siegreichen Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus“³⁾. Man könne nicht im gleichen Atemzug über die Vervollkommnung der sozialistischen Wirtschaftslenkung und über Marktsozialismus und freien Wettbewerb — „Gesetzmäßigkeiten der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft“ — sprechen. Man könne eine Wirtschaft nicht sozialistisch nennen, wenn man das Grundprinzip des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln verletze. Im Hinblick auf das am 19. November 1986 vom Obersten Sowjet verabschiedete „Gesetz über individuelle Arbeitstätigkeit“ — und ähnliche Gesetze Ungarns und Bulgariens — fügte Ceauşescu deutlich hinzu: „Kapitalistisches Eigentum bleibt kapitalistisches Eigentum, sei es klein oder groß.“ Unverkennbar ist die Absicht, mit der entschiedenen Verurteilung ideologischer Abweichungen die innerparteiliche Opposition vor allem jüngerer Kader gegen Ceauşescus Wirtschaftsführung zur Ordnung zu rufen und den Aufmüpfigen den Makel der Häresie anzuhängen.

Die Kritik an alternativen sozialistischen Entwicklungsmodellen und das Anpreisen der eigenen, als

„richtig“ erkannten Konzeption dienen der rumänischen Führung aber auch als Ausdruck des Widerstands gegen die vermutete sowjetische Anmaßung, den Bruderländern, wie schon einmal in den sechziger Jahren, ein wirtschaftliches Reformprogramm überzustülpen, das sich kaum bewährte und schon nach wenigen Jahren auf Moskauer Geheiß wieder zurückgenommen werden mußte. Die Abwehr dezentralisierter Planungs- und Leitungsmethoden hat auch gewichtige innenpolitische Gründe. Eine auch nur teilweise Verlagerung der Planungskompetenzen und damit der Verfügungsrechte über die Produktionsmittel von den Ministerien und „Räten“ auf die Produktions- und Handelsbetriebe schwächt den Einfluß und die Kontrollmöglichkeiten der Partei und des Staates. Bei der weitverbreiteten Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den wirtschaftlichen und sozialen Zuständen im Lande kann sich die rumänische Regierung eine auch nur vorsichtige Liberalisierung kaum leisten. Die Erfahrungen anderer sozialistischer Länder haben gezeigt, daß die Reform des Wirtschaftssystems und der Einbau „marktwirtschaftlicher Hebel“ und Leistungsanreize kaum wirksam werden können, wenn es nicht gleichzeitig gelingt, Mitwirkungsbereitschaft und Eigeninitiative der Bevölkerung durch ein Mindestmaß an politischer Beteiligung, Meinungsfreiheit und anderer Grundrechte sowie durch deutlich verminderte Gängelung und Bevormundung zu wecken.

Es ist mehr als fraglich, ob beim gegenwärtigen Zustand der rumänischen Wirtschaft tiefgreifende Reformen, deren Erfolg offensichtlich von langjährigen Reifezeiten und günstigen außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängt, überhaupt zur raschen quantitativen und qualitativen Verbesserung der Produktionsergebnisse beitragen würden. Auch das in den Medien immer wieder zitierte und als beispielhaft propagierte Reformpaket vom März 1978, welches in einer Phase der sich häufenden binnen- und außenwirtschaftlichen Probleme beschlossen wurde, setzte die Strategie staatlicher Disziplinierung der Wirtschaft fort. Zwar sollten die Reformmaßnahmen ausdrücklich die ökonomisch-finanzielle Selbstleitung und Selbstverantwortung der Betriebe fördern, um nach Ceauşescus eigenen Worten die „Widersprüche zwischen der Entwicklung der Arbeiterdemokratie und dem übertriebenen Zentralismus und Bürokratismus“ zu beseitigen⁴⁾. Doch in Erkenntnis der realisierbaren Möglichkeiten wurde die Verlagerung von Entscheidungsbefugnissen auf die Betriebe unmittelbar

³⁾ Scînteia vom 27. Januar 1987. Vgl. Anneli Ute Gabanyi, Ceauşescu Rejects Soviet-Style Reform, Enforces Austerity Policy, in: Radio Free Europe Research (RFER), Romania/1, 6. Februar 1987, S. 4 f.

⁴⁾ Scînteia vom 25. März 1978. Dazu Petra Pissulla, Rumänien, in: Hans-Hermann Höhmann (Hrsg.), Die Wirtschaft Osteuropas und der VR China zu Beginn der 80er Jahre, Stuttgart 1983, S. 250 ff.

mit Durchführungsdirektiven zu den Beschlüssen des Zentralkomitees wieder eingeschränkt.

Die Beteiligung der Betriebe an der Plandiskussion dient ausschließlich dazu, die von der Partei vorgegebenen Produktionsziele zu erfüllen oder überzuerfüllen. Mit der Verpflichtung zur Kostensenkung, zur Selbstfinanzierung und zum Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben wurden den Betrieben weitere und meist untragbare Lasten auferlegt. Die damals beschlossene Anpassung der Grundlöhne an die von den Betrieben erwirtschafteten Reingewinne trug seither zur erheblichen Unruhe unter der Arbeiterschaft bei. Um persönliche Leistungsreserven zu mobilisieren und das Lohnniveau der miserablen Versorgungslage auf dem Konsumgüter-

termarkt anzugleichen, hat ein Staatsratsdekret vom September 1983 den garantierten Grundlohn, der durchschnittlich 80 % der Masseneinkommen ausmachte, abgeschafft und durch ein kompliziertes Entlohnungssystem ersetzt, das die Höhe der individuellen Einkommen von der Planerfüllung, Materialeinsparung und Kapazitätsauslastung des Betriebes abhängig macht. Ceauşescu hatte offensichtlich erhebliche Mühe, um sich mit diesem riskanten Manöver im Politischen Exekutivkomitee und im Zentralkomitee durchzusetzen. Erst im April 1986 wurde das Gesetz von der Großen Nationalversammlung in Kraft gesetzt⁵⁾. Massive Lohnkürzungen sollen seither in zahlreichen Unternehmen zu Arbeitsniederlegungen und Streiks geführt haben⁶⁾.

II. Folgen der Austerity-Politik

Der offensichtlich wachsende Unmut der Bevölkerung, ja Anzeichen von Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit sind eine Folge der von der Regierung seit Anfang der achtziger Jahre rigoros durchgeführten Austerity-Politik. Gerade der Konsumsektor wurde zu massiven Einschränkungen gezwungen. Um Energie zu sparen und der Versorgung der Industrie höchste Priorität einzuräumen, wurde der private Energieverbrauch auf ein Niveau gedrosselt, das vor allem in den zurückliegenden Wintern zu schlimmen Entbehrungen in den Städten, zu erhöhter Sterblichkeit und zu Lebensbedingungen geführt hat, die man in Europa seit der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht mehr kannte. Auch die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs hat sich in den letzten Jahren rapide verschlechtert, was offenbar zu einer erheblichen Ausdehnung der Schattenwirtschaft und der Vermehrung der Schwarzmärkte beitrug⁷⁾. Mehl, Zucker und Öl sind rationiert, Fleisch wird nur an die Beschäftigten in der Industrie abgegeben, Brot außerhalb Bukarests zugeteilt. Im Dezember 1986 hat die Große Nationalversammlung auf Empfehlung der Regierung die geplante Nahrungsmittel- und Konsumgüterversorgung des Binnenmarktes für 1987 gegenüber dem Vorjahr weiter reduziert⁸⁾. Dies ist um so erstaunlicher, als nach rumänischen Angaben die Nettoproduktion der Landwirtschaft 1986 um

13,3 % zunahm. Einige Pflanzenbaubereiche erzielten Rekorderträge und die Getreideernte lag um fast ein Drittel über dem Vorjahresergebnis⁹⁾. Wie konsequent dennoch der private Verbrauch weiterhin beschnitten werden soll, zeigt die von Ceauşescu angeregte Einführung industriell vorgefertigter, von öffentlichen Küchen verteilter Mahlzeiten für die arbeitende Bevölkerung. Auch die öffentlichen Sozialausgaben wurden drastisch eingeschränkt. Die staatlichen Investitionen im Wohnungsbau lagen 1985 real um 37 %, die Ausgaben für das Gesundheitswesen um 17 % unter dem Niveau von 1980¹⁰⁾.

Die der Bevölkerung auferlegten Opfer sind lediglich äußerer Ausdruck dafür, daß sich die Wirtschaft des Landes seit Anfang der achtziger Jahre in einer schweren Wachstumskrise befindet. Schon die Ziele des Fünfjahrplans 1981–1985 wurden kaum zur Hälfte erfüllt. In den Jahren 1981 und 1982 war die Investitionstätigkeit rückläufig. Auch 1985 und 1986 lagen die Investitionen mit Zuwachsraten von 1,6 und 1,2 % weit unter den geplanten Anforderungen. Der Schlüsselbereich für die wirtschaftliche Entwicklung Rumäniens ist zweifellos der Energiesektor. Im Vergleich zu den übrigen kleineren sozialistischen Ländern mit reichen Rohstoffvorkommen ausgestattet, war Rumänien bis Mitte der siebziger Jahre sogar in der Lage, Energieträger, vor allem Erdöl, aus eigenen Quellen zu exportieren. Erst der beschleunigte Industrialisierungsprozeß, insbesondere der Ausbau der Petro-

⁵⁾ Buletinul Oficial al RSR, Nr. 21, vom 10. April 1986.

⁶⁾ Vgl. Anneli Ute Gabanyi, Workers' Protests Flaring Up, in: RFER, Romanian SR/1, 6. Februar 1987, S. 7 ff.

⁷⁾ Ausführlich dazu Horst Brezinski/Paul Petrescu, The Second Economy in Romania — A Dynamic Sector, Arbeitspapiere des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaft, Neue Folge Nr. 6, Universität Paderborn, Dezember 1986.

⁸⁾ Scînteia vom 14. Dezember 1986.

⁹⁾ Kommuniqué über die Erfüllung des einheitlichen Landesplans der sozialökonomischen Entwicklung der SRR für das Jahr 1986, in: Neuer Weg vom 1. Februar 1987.

¹⁰⁾ Vladimir Socor, Social Hardships Reflected in CMEA-Statistics, in: RFER, Romania/1, 6. Februar 1987, S. 11 ff.

chemie, zwangen zu rasch wachsenden Einfuhren. Um eine zunehmende Lieferabhängigkeit von der Sowjetunion zu vermeiden, deckte Rumänien seinen zusätzlichen Erdölbedarf vorwiegend in den OPEC-Ländern. Damit wurde es von den rasanten Energiepreiserhöhungen auf dem Weltmarkt voll getroffen. Vor allem der zweite „Ölpreisschock“ von 1979/80 trug zur Zahlungsunfähigkeit Rumäniens erheblich bei. Gleichzeitig ging die einheimische Ölförderung zwischen 1975 und 1985 von 14,6 auf 10,7 Mio. Tonnen jährlich zurück¹¹⁾. Die katastrophalen Versorgungsmängel bei Erdöl, Kohle und Elektroenergie führten zu eklatanter Unter- und Übernutzung der verfügbaren industriellen Produktionskapazitäten. Im Oktober 1985 wurde die gesamte Stromerzeugung dem rumänischen Militär unterstellt, die Kraftwerke werden seither von Offizieren geleitet und überwacht. Dennoch — oder vielleicht auch gerade deshalb — bleibt die Produktion unbefriedigend; die Führung des Landes wirft diesem Sektor Disziplinlosigkeit und schwerwiegende Mängel in der Arbeitsorganisation vor. Der Minister für Bergbau und Energie wurde innerhalb von fünf Jahren viermal ausgewechselt. Auch der derzeitige Inhaber dieses Amtes, der ehemalige Ministerpräsident und nahe Verwandte Ceauşescus, Ilie Verdeţ, sah sich Anfang des Jahres wegen der Rückstände in der Kohle- und Erdölgewinnung sowie der Elektroenergieerzeugung, die 1986 erneut zu Versorgungsproblemen in der Industrie führten, deutlicher Kritik unterzogen¹²⁾.

Seit 1980 wendet Rumänien mehr als die Hälfte der Einfuhrkosten für Brennstoffe, mineralische Rohstoffe und Metalle auf. Rund 15 Mio. Tonnen Erdöl belasteten die Devisenbilanz noch 1985 mit 2,8 Mrd. US-Dollar¹³⁾. Nur relativ geringe Mengen wurden in der Sowjetunion eingekauft, die sich bis 1985 offensichtlich weigerte, Rumänien in das Präferenzpreissystem des RGW einzubeziehen und für Energielieferungen Weltmarktpreise und harte Währungen verlangte. Rumänien konnte nicht an dem erheblichen Kostenvorteil partizipieren, der den übrigen importabhängigen kleineren RGW-Mitgliedstaaten dadurch entstand, daß die Preise im Intra-RGW-Handel seit 1975 jährlich aus dem Durchschnitt der Weltmarktnotierungen der vorangegangenen fünf Jahre errechnet werden und somit sowjetisches Erdöl bis 1985 im RGW stets erheblich

billiger war als in den OPEC-Ländern. Zudem konnten die Rohstoffkunden in diesem Bezugssystem die sowjetischen Lieferungen mit Industrieprodukten aus einheimischer Produktion bezahlen, die auf dem Weltmarkt kaum absetzbar waren. Kamen sie mit ihren Gegenlieferungen nicht nach, so gewährte die UdSSR großzügige Clearingkredite zu Minimalzinsen.

Rumänien, dessen Exportindustrie bei anhaltender Rezession in den westlichen Industrieländern der internationalen Konkurrenz immer weniger gewachsen war, häufte bis 1981 Auslandsschulden von netto fast 10 Mrd. US-Dollar an¹⁴⁾. Als nach Bekanntwerden der Zahlungskrise in Polen der Kreditstrom westlicher Banken an sozialistische Länder versiegte, geriet auch Rumänien in Schwierigkeiten. Im November 1981 trat die rumänische Regierung, die ihren Zins- und Tilgungszahlungen

Tabelle 1
Außenhandel Rumäniens 1981—1986 (Mrd. Lei)

	Export	Import	Saldo
1981	167,7	164,7	+ 3,0
1982	151,8	124,9	+ 26,9
1983	173,3	130,4	+ 42,9
1984	228,1	160,8	+ 67,3
1985	192,3	148,4	+ 43,9
1986	164,4	136,2	+ 28,2

Quelle: Anuarul Statistic al RSR 1986

ins westliche Ausland nicht mehr nachkommen konnte, mit einem Konsortium von zehn westlichen Banken und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) in Umschuldungsverhandlungen ein. Der 1982 durchgeführten Umschuldung folgte schon im nächsten Jahr eine weitere, obwohl sich die rumänische Regierung nicht ohne Erfolg bemühte, mittels einer harten Restriktionspolitik die Defizite der Handels- und der Leistungsbilanz zu beseitigen. Die Handelsbilanz in konvertibler Währung konnte bereits 1981 ausgeglichen werden, ab 1982 wurden wachsende Überschüsse der Handelsbilanz, ab 1983 auch Überschüsse der Leistungsbilanz erzielt. Letztere erlaubten einen bemerkenswerten Abbau der Netto-Verschuldung von 9,8 auf 5,9 Mrd. US-Dollar in den Jahren 1981—1985¹⁵⁾. Von 1983 bis 1985

¹¹⁾ Anuarul Statistic al Republicii Socialiste România, entsprechende Jahrgänge. Die Nettoeinfuhren von Erdöl (Mineralölimporte abzüglich Mineralöllexporte) nahmen von 2 Mio. Tonnen 1977 auf 7 Mio. Tonnen 1979 und 1980 zu.
¹²⁾ Communiqué (Anm. 9).

¹³⁾ Petra Pissulla, Rumänien 1986/87. Wachstum ohne Wohlstand, in: Klaus Bolz (Hrsg.), Die wirtschaftliche Entwicklung in den sozialistischen Ländern Osteuropas zur Jahreswende 1986/87, Hamburg 1987, S. 195.

¹⁴⁾ Gerhard Fink/Gabriele Tuitz, Rumäniens Wirtschaft in der Krise, in: Südosteuropa, 33 (1984), S. 248. Zu den Ursachen der Krise vgl. ebd., S. 249 ff.; Marvin R. Jackson, Romania's Debt Crisis: Its Causes and Consequences, in: East European Economies: Slow Growth in the 1980's, Vol. 3, Joint Economic Committee, U.S. Congress, Washington, D. C., 1986, S. 489—502.

¹⁵⁾ Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIWI), Mitgliederinformation 1986/4; Gerhard Fink/Kurt

wurden Verzinsung und Tilgung ohne weitere Umschuldung geleistet, obwohl Rumänien seit 1984 die Hilfe des IWF ablehnte, um sich dessen wirtschaftspolitischen Auflagen – vor allem die Zurückdrängung der Binnennachfrage durch Einschränkung der Investitionstätigkeit – zu entziehen.

Dieser erstaunliche Kraftakt, der sich wohl am ehesten durch den Willen der rumänischen Führung erklärt, nach keiner Seite in Abhängigkeit zu geraten, wurde mit schweren Opfern für die Bevölkerung und mit verheerenden Auswirkungen auf die Kapazitätsauslastung der Industrie bezahlt. Vor allem die Einschränkung der Energie- und Rohstoffimporte beeinträchtigte die Exportfähigkeit und zwang damit zu noch radikaleren Einfuhrrestriktionen. Von den westlichen Industrieländern wurden nur noch absolut produktionsnotwendige Güter importiert. Wichtige Investitionsgüter- und Ersatzteilimporte unterblieben. Nach rumänischer Darstellung produziert das Land mittlerweile 90 % seines Investitionsgüterbedarfs selbst, eine Politik, die stolz „nationale Option“ genannt wird¹⁶⁾, allerdings beim heutigen Tempo der internationalen technischen Entwicklung gefährliche Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit rumänischer Produkte auf dem Weltmarkt haben muß.

Der weitgehende Verzicht auf den Import westlicher Investitionsgüter und Technologie beeinträchtigt die Modernisierung der rumänischen Wirtschaft in bedrohlicher Weise. Von westlichen Geschäftspartnern werden neuerdings beträchtliche techno-

Tabelle 2
Entwicklung des rumänischen Außenhandels
(Veränderungen gegenüber dem Vorjahr,
in Prozent)

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986
Export	+17,0	+11,3	- 9,5	+6,0	+16,5	-3,0	-11,6
Import	+21,0	- 7,4	-24,2	-4,3	+ 9,6	+5,7	- 5,6

Quelle: Anuarul Statistic al RSR 1986; Communiqué (Anm. 9)

logische Rückschritte der rumänischen Industrieproduktion konstatiert. Nach deren Erfahrung hat sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der aus Rumänien bezogenen Waren in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Die scharfe Reduzierung der Brennstoffimporte wirkt sich auch negativ auf die Lieferkapazität bei petrochemischen Pro-

dukten aus, die – einschließlich mineralischer Rohstoffe und Metalle – 1980 fast 30 % und 1985, trotz fallender Preise auf dem Weltmarkt und eindeutig auf Kosten der Binnenversorgung, immerhin noch 25 % der rumänischen Exporte stellten¹⁷⁾.

So ist der Mißerfolg der rumänischen Außenhandelspolitik in den vergangenen beiden Jahren nicht nur zufällig. Schon 1984 hatten – entgegen allen Planziele – die Ausfuhren gegenüber dem Vorjahr um 3 % ab- und die Einfuhren um 5,7 % zugenommen. 1986 sanken die Exporte erneut um 11,6 %, während die Importe nur um 5,6 % eingeschränkt werden konnten¹⁸⁾. Staats- und Parteichef Ceauşescu, der seine Strategie der forcierten Auslandsschuldentilgung gefährdet sah, ließ nach Bekanntwerden dieses schlechten Resultats seiner Empörung freien Lauf. Er beschuldigte die Exportindustrie, trotz gesteigerter Industrie- und Agrarproduktion weniger im Ausland abgesetzt zu haben, weil die rumänischen Erzeugnisse den qualitativen Anforderungen der internationalen Kundschaft nicht gewachsen seien und – gegen eindeutige Planvorgaben – Ausfuhrprodukte für den Binnenmarkt abgezweigt wurden¹⁹⁾. Es ist bezeichnend für die Lage der rumänischen Ausfuhrwirtschaft, daß diese Einbußen auch durch ein im September 1985 erlassenes Dekret nicht verhindert werden konnten, das den Verantwortlichen in Ministerien und Betrieben bei Nichterfüllung der Exportpläne drastische Gehaltsabzüge bis zu 50 % des Tariflohns androht.

Im Handel mit den nichtsozialistischen Ländern (westliche Industrie- und Entwicklungsländer) hat sich der Handelsbilanzüberschuß schon 1985 gegenüber 1984 von 2,06 auf 1,38 Mrd. US-Dollar verringert, weil die rumänischen Einfuhren aus dieser Region um 3,2 %, die Ausfuhren dorthin aber um 13 % schrumpften. Der Überschuß der Leistungsbilanz in konvertiblen Währungen – entscheidend für die Strategie der Westschuldentilgung – ging 1985 im Vergleich zum Vorjahr von 1,45 Mrd. auf 915 Mio. US-Dollar zurück²⁰⁾. Um den 1985 fälligen Schuldendienstverpflichtungen nachkommen zu können, wurden die Devisenreserven bis Ende 1985 auf weniger als 200 Mio. US-Dollar abgebaut, kaum der Gegenwert für die in konvertiblen Währungen zahlbaren Importe eines einzigen Monats. Die Ausgangslage für 1986 war also denkbar ungünstig. So bereiteten bereits vorübergehende Liquiditätengpässe erhebliche Zahlungsprobleme, und Rumänien mußte erneut bei den Gläubigerbanken eine Umschuldung der 1986 und 1987 fälligen Kre-

Mauler, Socialist Countries West Trade and Hard Currency Debt, WIIW-Forschungsbericht Nr. 124, Januar 1987, Tab. S. 82.

¹⁶⁾ Neue Zürcher Zeitung vom 1./2. März 1987.

¹⁷⁾ Anuarul Statistic al RSR 1986, S. 294.

¹⁸⁾ Ebd., S. 282 ff.; Communiqué (Anm. 9).

¹⁹⁾ Scinteia vom 1. Februar 1987.

²⁰⁾ P. Pissulla (Anm. 13), S. 198, 202.

Tabelle 3
Hauptwährungsverschuldung (netto) Rumäniens
im Vergleich (Mrd. US-Dollar)

	1978	1980	1982	1984	1985
Rumänien	4,8	9,2	9,4	6,2	5,9
Ungarn	5,2	6,7	6,6	5,1	6,2
Bulgarien	3,7	2,7	1,9	1,4	1,9
ČSSR	2,5	3,6	3,4	2,5	2,5
DDR	7,5	11,8	10,5	7,2	6,8
Polen	17,9	22,8	25,0	25,2	28,9

Quelle: WIIW, Wien (Anm. 15)

dite beantragen. Diese Vereinbarung wurde im Juli 1986 geschlossen und deckt 880 Mio. US-Dollar ab,

die zwischen 1989 und 1992 zurückgezahlt werden sollen²¹⁾. Der vereinbarte Zinssatz wurde von 1¾ % auf 1⅜ % über Libor abgesenkt, ist aber im Vergleich zu den Konditionen, die andere sozialistische Länder von westlichen Banken erhalten, immer noch ungünstig. Rumänien, das schon 1985 an die internationalen Kapitalmärkte zurückkehrte und keine Mühe hatte, kleinere Anleihen aufzunehmen, muß seine übereifrige Schuldentilgungspolitik also teuer bezahlen. Hätte es höhere Währungsreserven, so würde es bei Refinanzierungsabkommen und neuen Krediten sicher günstigere Bedingungen erhalten. In der Bonitätsliste der westlichen Banken, die alle wichtigeren Schuldnerländer nach der Einschätzung ihrer Kreditwürdigkeit aufreihet, rangierte Rumänien 1986 unter den RGW-Mitgliedstaaten immer noch auf dem vorletzten Platz²²⁾.

III. Widerstand im RGW

Zwei Faktoren könnten in den nächsten Jahren die rumänische Zahlungsbilanz entlasten. Nach westlichen Berechnungen muß Rumänien für seine Auslandsschuld in konvertierbaren Währungen 1987 noch Zinsen und Tilgung in Höhe von 1,9 Mrd. US-Dollar, 1988 von 1,65 Mrd. US-Dollar leisten. In den beiden folgenden Jahren sollten die Schuldendienstverpflichtungen nach rumänischer Darstellung rasch abnehmen²³⁾. Andererseits ist der Nutzen stabiler und relativ niedriger Weltmarktpreise für Erdöl und andere Energierohstoffe auf der Importseite größer als die dadurch bewirkte Erlöseinbuße bei der Derivateausfuhr. Es ist zu vermuten, daß die rumänische Führung auf diese vorteilhaften Entwicklungstendenzen baut, wenn sie den verstärkten sowjetischen Integrationsbemühungen im RGW entschiedenen Widerstand entgegensetzt.

Im Rahmen einer mit erstaunlicher Konsequenz durchgehaltenen Unabhängigkeitspolitik wurde zwischen 1960 und 1974 der Anteil der sozialistischen Wirtschaftsgemeinschaft am rumänischen Außenhandel von 66,7 auf 34,5 % reduziert, der Anteil der UdSSR von 40,2 auf 15,7 % verringert²⁴⁾. An den gemeinsamen Investitionen der

RGW-Länder, die vor allem der Erschließung und Nutzbarmachung sowjetischer Bodenschätze dienen und mit langfristigen Rohstoff- und Energielieferungen abgegolten werden, zeigte Rumänien meist betontes Desinteresse²⁵⁾. Erst zunehmender Bedarf an Rohstoffen, Brennstoffen und Elektroenergie aus der UdSSR ließ die rumänische Regierung in den achtziger Jahren gelegentlich einlenken, zumal eine kontinuierliche Bedienung aus sowjetischen Quellen für RGW-Kunden nur gegen eine angemessene Beteiligung an den wachsenden Prospektions-, Förder- und Transportkosten zu haben ist. So wird seit 1982 in Konstantinovskij am Don mit rumänischer Hilfe ein Kernkraftwerk errichtet, das eine Kapazität von 4 000 Megawatt anstrebt. Die rumänischen Leistungen sollen mit langfristigen garantierten Elektroenergielieferungen abgegolten werden, zu deren Übertragung gemeinsam eine 750-Kilovolt-Hochspannungsleitung nach Măcin in der rumänischen Dobruđa gebaut wird.

Doch von brüderlicher Eintracht ist bei dieser Zusammenarbeit wenig zu spüren. So kritisierte der rumänische Premierminister Dăscălescu auf der 42. Ratstagung des RGW in Bukarest im November 1986 die unbefriedigenden Rückzahlungsmodalitäten bei solchen gemeinsamen Investitionen in der Sowjetunion und den Zwang, Finanzierungsmittel in frei konvertierbarer Währung — für

²¹⁾ Wharton Econometric Forecasting Associates, Centrally Planned Economies Service, Vol. VI, No. 33, 28. August 1986, S. 10f.; No. 41, 7. November 1986, S. 10; ders., Outlook, Vol. 8, No. 1, April 1987, S. 115f.

²²⁾ Handelsblatt vom 16. Oktober 1986.

²³⁾ Romania: Economic Memorandum 1986. Vgl. P. Pissulla (Anm. 13), S. 204.

²⁴⁾ Anuarul Statistic al RSR, entsprechende Jahrgänge (errechnet).

²⁵⁾ Dazu Roland Schönfeld, Gemeinsame Investitionen im RGW und die Beteiligung der südosteuropäischen Mitgliedsländer, in: Südosteuropa, 33 (1984), S. 50–71.

Zukäufe benötigter Bauteile aus westlichen Ländern — bereitzustellen. Schon vor diesem Auftritt hatte die Sowjetunion den rumänischen Partnern wiederholt vorgeworfen, bei der gemeinsamen Erschließung der Gasfelder von Sowjetabad in der Turkmenischen SSR durch verspätete oder gänzlich ausgebliebene Materiallieferungen und durch ungeeignete Arbeitskräfte erhebliche Schwierigkeiten zu verursachen.

Trotz dieser kaum beispielhaft zu nennenden Einzelfälle multilateraler Zusammenarbeit kann von einer zunehmenden Wiedereinbindung Rumäniens in den RGW nicht die Rede sein. Die rumänische Führung hat sich der von der Sowjetunion geforderten Integration in die sozialistische Wirtschaftsgemeinschaft seit Anfang der sechziger Jahre verweigert und ihre hartnäckige Autonomiepolitik auch dann fortgesetzt, als spätestens ab Mitte der siebziger Jahre ökonomisches Kalkül eine engere Anlehnung an die rohstoffreiche Sowjetunion und an die industriell weit fortgeschrittenen Partner im RGW nahelegte. Rumäniens Strategie, die Beteiligung an der Produktionsspezialisierung und an den Kooperationsvorhaben im RGW so gering wie möglich zu halten, erwies sich mit dem Übergang zur Einfuhrabhängigkeit bei Energierohstoffen und verschlechterten exportseitigen Rahmenbedingungen auf den internationalen Märkten als außerordentlich kostspielig. Der allein zwischen 1976 und 1980 durch den Verzicht auf sowjetisches Erdöl — und damit niedrigere RGW-Verrechnungspreise — erlittene Verlust wird von westlicher Seite auf etwa 3 Mrd. US-Dollar geschätzt²⁶⁾.

Tabelle 4
Länderstruktur des rumänischen Außenhandels
(in Prozent)

	1970	1975	1980	1982	1984	1985
Sozialistische Länder	55,6	44,8	40,7	41,0	41,4	45,5
davon RGW	50,1	37,8	34,4	35,4	37,9	40,0
Nichtsozial. Länder	44,4	55,2	59,3	59,0	58,6	54,5
davon OECD	36,0	38,6	34,0	28,6	32,2	26,4

Quelle: Anuarul Statistic al RSR, betr. Jgg.; Petra Pissulla (Anm. 13), Tab. IVb.

Die rumänische Regierung bemühte sich seit Anfang der achtziger Jahre, den eklatanten Schwie-

²⁶⁾ Jochen Bethkenhagen, Energieversorgungsprobleme in der Sowjetunion und ihre Auswirkungen auf die südosteuropäischen Volkswirtschaften, in: Roland Schönfeld (Hrsg.), Südosteuropa in Weltpolitik und Weltwirtschaft der achtziger Jahre, München 1983, S. 122.

rigkeiten mit den westlichen Handelspartnern durch eine Intensivierung des Warenaustauschs mit den übrigen RGW-Ländern, vor allem der Sowjetunion, ohne eine verstärkte Teilnahme an den Integrationsmaßnahmen, auszuweichen. Nicht nur die unablässige Kritik der rumänischen Führung an den Mängeln des Funktionsmechanismus der sozialistischen Wirtschaftsgemeinschaft und an der unzureichenden Kooperations- und Hilfsbereitschaft der Partnerländer, sondern vor allem die Außenhandelszahlen deuten darauf hin, daß diese Strategie ihre Wirkung weitgehend verfehlt hat. Zwar hat sich der Warenaustausch Rumäniens mit dem RGW in der ersten Hälfte der achtziger Jahre etwas günstiger entwickelt als der von den Einfuhrrestriktionen besonders hart getroffene Westhandel, doch der Anteil des RGW am rumänischen Außenhandel ist zwischen 1980 und 1985 nur von 34,4 auf 40 % gewachsen, mit einem keineswegs eindeutig zunehmenden Trend²⁷⁾. Die Beteiligung der UdSSR an den gesamten Importen und Exporten belief sich nach den — in sich keineswegs stimmigen — rumänischen Angaben²⁸⁾ 1985 auf nicht mehr als etwas über 21 %. Damit weist Rumänien unter den Partnerländern nach wie vor die geringsten Anteile am Intra-RGW-Handel aus.

Tabelle 5
Anteile des RGW am Außenhandel 1985
(in Prozent)

	Export	Import
Rumänien	47,5	55,3
Bulgarien	75,8	75,5
Ungarn	53,6	50,3
DDR	62,7	64,5
ČSSR	72,1	76,1
Polen	66,6	72,0
Kuba	86,1	80,7
Mong. VR	94,4	97,5
UdSSR	55,3	54,5

Quelle: Statističeskij ežegodnik stran-členov SEV 1986.

Dieses Resultat mag mehrere Gründe haben. Da nach dem im RGW üblichen Verfahren bilateral verrechnet werden muß und entstehende Salden in der Regel nicht auf Drittländer innerhalb der Gemeinschaft übertragen werden können, sind die

²⁷⁾ Anuarul Statistic al RSR, entsprechende Jahrgänge. Die Rumänische Außenhandelsstatistik weicht hier allerdings von der RGW-Statistik ab, die für 1985 einen Anteil von 51 % (Exporte 47,5 und Importe 55,3 %) errechnet. Statističeskij ežegodnik stran-členov SEV 1986, Moskau 1986, S. 303.

²⁸⁾ Anuarul Statistic al RSR 1986, S. 279, 288 (errechnet).

Warenaustauschmöglichkeiten von vornherein eng begrenzt. Zudem trifft Rumänien auch im RGW auf wachsenden Widerstand gegen den Absatz seiner qualitativ unzureichenden und technologisch rückständigen Industrieprodukte. Zwar wird von rumänischer Seite mit Befriedigung festgestellt, daß der Anteil der „spezialisierten“, das heißt in arbeitsteiliger Kooperation mit anderen RGW-Ländern hergestellten Produkte bei Maschinen und Ausrüstungen zwischen 1973 und 1982 von 8 auf 47% stieg, Rumänien somit als industrialisierter Partner Anerkennung findet. Doch beklagt man sich im gleichen Atemzug darüber, daß das Volumen der im RGW abgesetzten Erzeugnisse eben dieses Sektors weit unter der Ausfuhrkapazität liege und auch anteilmäßig geringer sei als in anderen Partnerländern²⁹⁾. Nach rumänischer Ansicht wird der RGW-Handel auch durch ungünstige Austauschrelationen, also hohe Einfuhr- und niedrige Ausfuhrpreise behindert. Seit Jahren beschwert sich die rumänische Regierung in den Gremien des RGW vor allem über die ungünstigen Verrechnungspreise für Nahrungsmittel, deren Hauptabnehmer die Sowjetunion geworden ist. Während Rumänien bis 1985 Weltmarktnotierungen für sowjetisches Erdöl zahlen mußte und ausgerechnet im Januar 1986 offiziell in das Präferenzpreissystem des RGW einbezogen wurde, als dieses Produkt im RGW teurer geworden war als auf dem Weltmarkt – von Vorzugspreisen also nicht mehr die Rede sein konnte –, erzielten die als Gegenleistung in die UdSSR gelieferten Agrarprodukte, besonders Fleisch und Getreide, angeblich zu geringe Erlöse, um auch nur die Produktionskosten zu decken. Da wir die Verrechnungsbasis nicht kennen, ist bestenfalls zu vermuten, daß die rumänischen Exporteure weniger die niedrigen Weltmarktnotierungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse als das viel höhere Agrarpreinsniveau der Europäischen Gemeinschaft vor Augen hatten. Unbegründet scheint die rumänische Kritik nicht zu sein, denn die UdSSR hat in einem für diesen bilateralen Tauschhandel wichtigen Produkt offensichtlich nachgegeben und 1986 für eine gegenüber dem Vorjahr um 8% verringerte Menge rumänischen Frischfleischs 19 Mio. Rubel und damit 15,4% mehr bezahlt als 1985³⁰⁾.

Es ist fraglich, ob die rumänische Führung ernsthaft daran interessiert ist, die wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion auf Dauer wesentlich zu intensivieren. Rumänien hat am 16. Mai 1986 – als letztes RGW-Land – ein langfristiges Abkommen über ökonomische und technische Zusammenarbeit mit der UdSSR geschlossen. Der rumänisch-sowjetische Warenaustausch soll im Planjahr fünf 1986 –

1990 um 70% zunehmen, verglichen mit einem geplanten Zuwachs des gesamten Außenhandels von 52,7%. Um Rumäniens Ausfuhrsortiment um einige von der UdSSR benötigte Industrieprodukte von „Weltniveau“ zu erweitern – und damit die geplante Steigerung des bilateralen Warenaustauschs überhaupt erst zu ermöglichen –, werden verschiedene Fertigungszweige mit sowjetischer Hilfe modernisiert. Davon profitiert vor allem Rumäniens veraltete und ineffiziente Stahlindustrie, der komplette Produktionsanlagen, vor allem zur Herstellung von Öl- und Gasröhren, geliefert werden. Die Sowjetunion war bis in die siebziger Jahre von westlichen Röhrenlieferungen abhängig und ist auf diesem kritischen Sektor noch längst nicht autark; sie könnte sich hier – außer Reichweite der amerikanischen Embargopolitik – eine Zulieferindustrie aufbauen. Die Sowjetunion vereinbart auch mehr und mehr die traditionelle rumänische Exportproduktion von Öl- und Gasbohrgerät, die erst in den letzten Jahren den Anschluß an die Entwicklung modernster Technologie bei computergesteuerten Systemen und Speziallegierungen verloren hat. Mehr als 40% der sowjetischen Einfuhren dieser Geräte stammen aus Rumänien³¹⁾. Zweifellos gilt die gleiche Aufmerksamkeit auch der rumänischen Rüstungsindustrie, die für eine Reihe von Entwicklungsländern Waffen nach sowjetischen Lizenzen fertigt.

Tabelle 6
Warenstruktur der rumänischen Ausfuhr
(in Prozent)

	1950	1970	1980	1985
Maschinen und Ausrüstungen	4,2	22,8	24,9	34,7
Brennstoffe, mineralogische Rohstoffe, Metalle	33,8	22,7	29,5	24,9
Chemische Erzeugnisse, Düngemittel	1,7	7,0	9,7	9,8
Industrielle Konsumgüter	1,3	18,1	16,2	16,2
Nahrungsmittel und Rohstoffe für die Nahrungsmittelindustrie	25,7	16,6	12,7	7,5

Quelle: Anuarul Statistic al RSR 1986

Eine solche Modernisierung nach sowjetischem Muster ist zwar vom Fortschritt der Entwicklung in den westlichen Industrieländern weit entfernt und würde die Absatzchancen rumänischer Produkte auf dem Weltmarkt nicht verbessern, doch könnten

²⁹⁾ Anale de Istorie, Nr. 3, Mai/Juni 1986.

³⁰⁾ Vnešnjaja Torgovlja SSSR v 1986 g., S. 166.

³¹⁾ Dazu ausführlich Vladimir Socor, Romanian-Soviet Trade Surges Ahead, in: RFER, Romanian SR/3, 22. April 1987, S. 31 ff.

immerhin im rumänisch-sowjetischen Handel zusätzliche Gegenlieferungsmöglichkeiten von ausreichendem technologischen Standard für steigende Energiebezüge aus der UdSSR geschaffen werden. Von 1986 bis 1990 soll Rumänien jährlich 5 Mio. Tonnen sowjetisches Erdöl erhalten; schon 1986 wurden 6 Mio. Tonnen und damit fast die Hälfte der rumänischen Ölimporte, dazu 2,5 Mio. Kubikmeter Erdgas und 2,8 Mio. Kilowattstunden elektrischer Strom geliefert³²). Die Entwicklungsmöglichkeiten dieses Warenaustauschs sind aber begrenzt. Die Qualitätsansprüche der sowjetischen Importeure gegenüber den RGW-Lieferanten steigen; die rumänische Ausfuhrkapazität kann letztlich nur auf Kosten der Westexporte, kaum noch

durch Einschränkungen der Binnenwirtschaft, erweitert werden, und die von der UdSSR geforderten Weltmarktpreise bieten keine Vorteile. Der in konvertierbaren Währungen oder sogenannten „harten“, also weltmarktfähigen Waren abgerechnete Teil des gegenseitigen Handels nimmt zu — etwa 14 % der Ausfuhren und 18 % der Einfuhren Rumäniens wurden 1985 auf diese Weise abgewickelt³³). Damit verliert der Warenaustausch mit der Sowjetunion viel von seiner Attraktivität, die ja für die kleineren RGW-Länder bisher in dem von Rumänien viel zu wenig genutzten Vorzug bestand, zweitklassige Industrieprodukte auf einem großen und aufnahmefähigen Markt absetzen und dafür Rohstoffe und Energieträger beziehen zu können.

IV. Einschränkung der Planungsautonomie

Wie stark die rumänische Handelspolitik gegenüber der Sowjetunion und dem ganzen RGW nach wie vor weniger von ökonomischen als von rein politischen Erwägungen getragen wird, zeigt der erbitterte Widerstand der rumänischen Führung gegen die von Generalsekretär Gorbatschow seit seinem Amtsantritt geforderte „Vertiefung des Integrationsprozesses“ im RGW. Vor allem zwei der von der Sowjetunion vorgeschlagenen Instrumente zur Intensivierung der Zusammenarbeit im RGW, nämlich Direktbeziehungen zwischen den Unternehmen der Partnerländer — ohne die bisher obligatorische Zwischenschaltung der staatlichen Außenhandelsorganisationen — sowie die Gründung gemeinsamer Betriebe in der Produktion und in der Forschung und Entwicklung, werden von rumänischer Seite vehement und mit bemerkenswerter Eloquenz abgelehnt. Es scheint, als habe die sowjetische Forderung, die nach rumänischer Ansicht eine Einschränkung der nationalen Planungs- und Leitungsautonomie impliziert, einen besonders empfindlichen Nerv getroffen.

Tatsächlich erinnert die derzeit geführte Diskussion an heftige Auseinandersetzungen, die Anfang der sechziger Jahre von den rumänischen Kommunisten — damals noch unter Parteichef Gheorghe Gheorghiu-Dej — mit der KPdSU geführt wurden. Anlaß war auch seinerzeit das sowjetische Bestreben, die Spezialisierung der Produktion und die Kooperation innerhalb des RGW voranzutreiben, vor allem um den Markt der bereits industrialisierten Mitgliedsländer für Maschinen und Ausrüstun-

gen zu erweitern und kostengünstige Massenproduktionen zu ermöglichen. Nikita Chruschtschow, der schon vorher Parallelinvestitionen und „Eisenfresser“ im Block kritisiert hatte, forderte im November 1962 vor dem Zentralkomitee der KPdSU eine supranationale, mit zentralen Planungs- und Leitungskompetenzen ausgestattete RGW-Behörde mit Sitz in Moskau. Mitten in die Diskussion der sensibilisierten Staaten des Sowjetblocks um die zukünftige Gestaltung der Zusammenarbeit im RGW platzte der sowjetische Wirtschaftswissenschaftler E. B. Valev mit seinem Vorschlag einer „überstaatlichen Wirtschaftseinheit“, die das südukrainische und das nordostrumänische Industriegebiet zusammenschließen sollte. Die rumänische Führung qualifizierte den Valev-Plan als einen Versuch zur „Liquidierung des rumänischen Staates und des rumänischen Volkes als Nation“ und lehnte — vermutlich mit breiter Unterstützung der übrigen kleineren RGW-Partner — entschieden ab, „Funktionen aus der Zuständigkeit des Staates in die Kompetenz überstaatlicher Organe überzuführen“. Die vom Zentralkomitee am 22. April 1964 beschlossene „Erklärung zum Standpunkt der Rumänischen Arbeiterpartei in den Fragen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung“³⁴), die diese Verweigerung enthält, wird von westlichen Forschern in der Regel als „Grundsatzdokument“ der rumäni-

³²) Ebd., S. 32; Vnešnjaja Torgovlja SSSR v 1986 g., S. 163.

³³) P. Pissulla (Anm. 13), S. 199. Vgl. dazu Gerhard Fink, Verrechnungssystem und Hartwährungshandel im RGW, in: Südosteuropa, 33 (1984), S. 348 ff.

³⁴) Scinteia vom 26. April 1964. Dazu Dionisie Ghermani, Die nationale Souveränitätspolitik der SR Rumänien, München 1981, S. 40 ff.

schen Außenpolitik betrachtet und prägt die Beziehungen Rumäniens zur Sowjetunion bis zum heutigen Tage³⁵⁾.

Das konsequente Festhalten an dieser Politik, den von der Hegemonialmacht UdSSR eingeräumten Handlungs- und Verweigerungsspielraum so weit wie möglich und bis an den Rand der Interventionschwelle zu nutzen, macht die gereizte Reaktion der rumänischen Führung auf jeden Versuch, „supranationale Prinzipien“ in den RGW einzuführen, verständlich. In die Diskussion um die wirtschaftliche Integration im RGW werden betont Erklärungen aus den sechziger Jahren eingeführt, zum Beispiel Zitate aus einer 1968 gehaltenen Rede Ceauşescu: „Unter keinen Umständen können wir damit einverstanden sein, daß die fundamentalen Prinzipien der (RGW-)Statuten widerrufen werden, und wir mißbilligen, daß Thesen und Vorschläge vorgebracht werden, die für eine ‚Integration‘ der Mitgliedsländer des RGW plädieren und dieser Organisation supranationale Eigenschaften verleihen und supranationale wirtschaftliche Institutionen errichten wollen“³⁶⁾.

In der Vorbereitungsphase der 42. Ratssitzung des RGW in Bukarest äußerte der Staats- und Parteichef Anfang September 1986, daß die „unabhängige Entwicklung jeder nationalen Volkswirtschaft“

bei der Formulierung der Grundlage gemeinsamer Betriebe berücksichtigt werden müßte. Keinesfalls dürften diese Gemeinschaftsunternehmen „ihre Tätigkeit nach dem Vorbild der imperialistischen multinationalen Unternehmen ausrichten, die tatsächlich Instrumente der Ausbeutung anderer Völker geworden sind“³⁷⁾. Deutlicher kann man den Entschluß, „supranationale Organisationen jeder Art“ abzulehnen, nicht begründen. Die Ratssitzung selbst brachte über diesen Punkt keine Einigung. Rumänien ist nach wie vor das einzige RGW-Mitgliedsland, das noch keine bilateralen Vereinbarungen mit der UdSSR über die Errichtung direkter Beziehungen zwischen den Unternehmen beider Länder oder die Gründung gemeinsamer Betriebe geschlossen hat. Auch Generalsekretär Gorbatschow hat bei seinem Besuch in Bukarest nicht mehr erreicht als eine im gemeinsamen Kommuniqué veröffentlichte vage Absichtserklärung, die erst mit Leben erfüllt werden müßte. Wichtiger erscheint, daß die Gesprächspartner die von den Gastgebern zweifellos wörtlich genommene Formel von der „völligen Gleichheit, Achtung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität, Nichteinmischung in interne Angelegenheiten, gegenseitigem Vorteil und internationaler Solidarität“ in das Kommuniqué aufgenommen haben.

V. Gescheiterte Autonomiepolitik?

Ceauşescu Autonomiepolitik als „gescheitert“ anzusehen, um eine in den westlichen Medien neuerdings häufig verwendete Formel zu verwenden, mag bei objektiver Beurteilung der Wirtschaftslage und der Einfuhrabhängigkeit Rumäniens berechtigt erscheinen. Doch die Schlußfolgerung, daß die bisher verfolgte Strategie damit aufgegeben und aus dem Saulus ein Paulus des RGW geworden sei, ist wohl verfrüht und würde den Eigenwillen, ja Eigensinn dieses Mannes und seiner Führungsmannschaft, zu der auch seine Frau Elena gehört, unterschätzen. Wie sehr er entschlossen ist, seine Absicht, Rumäniens handelspolitische Unabhängigkeit gegen alle Widerstände auch aus den Reihen

der eigenen Partei und gegen den Rat westlicher Finanzinstitutionen doch noch durchzusetzen, zeigen wiederholte Erklärungen zur beschleunigten Tilgung der Auslandsschulden wie auch Maßnahmen, um die Entscheidungswege in der rumänischen Wirtschaft zu straffen. So verkündete Ceauşescu Ende Juni 1987, daß das Ständige Büro des Obersten Rates für die ökonomische und soziale Entwicklung — eine Art Superministerium unter seiner Leitung, dem auch seine Frau Elena und neuerdings sein Sohn Nicu angehören — aus einem „Wirtschaftsparlament“ zu einem „Oberkommando“ der rumänischen Volkswirtschaft umgestaltet werde — „Perestrojka“ auf rumänisch. Auch als Herrscher eines Volkes, das in seiner Geschichte nie durch Aufstände oder Revolutionen von sich reden machte, geht Nicolae Ceauşescu einen gefährlichen Weg. Eine wirkungsvolle Politik weitgehender wirtschaftlicher Unabhängigkeit setzt eine hohe Effizienz der nationalen Güterproduktion und einen geschickt diversifizierten Außenhan-

³⁵⁾ Vgl. zusammenfassend Roland Schönfeld, Außenpolitische Verhaltensmuster der kleineren Warschauer-Pakt-Staaten, in: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Weltpolitik. Strukturen — Akteure — Perspektiven, Bonn 1987, S. 488 ff.

³⁶⁾ Aus Nicolae Ceauşescu, *România pe Drumul Desăvirşirii Constructiei Socialiste* (Rumänien auf dem Weg zur Vervollkommnung des sozialistischen Aufbaus), Bd. I, Bukarest 1968, S. 100, zitiert in: *Anale de Istorie*, Nr. 3, Mai/Juni 1986.

³⁷⁾ *Scinteia* vom 4. September 1986.

del voraus. Ist beides nicht zu realisieren, so verbleibt die Gratwanderung zwischen einer zunehmenden Unterversorgung der Binnenwirtschaft und außenwirtschaftlicher Zahlungsunfähigkeit.

Das Austerity-Programm der rumänischen Regierung hat inzwischen ein Ausmaß erreicht, das nicht nur das Volumen, sondern auch das qualitative und technologische Niveau der Exportproduktion schwer beeinträchtigt, mit bereits spürbaren und noch zu erwartenden Folgen für die Entwicklung der Zahlungsbilanz. Darüber hinaus wird die fortgesetzte Einschränkung des Nahrungsmittel-, Energie- und Konsumgüterangebots für die Bevölkerung als kaum noch erträglich beurteilt. Diese außenwirtschaftliche Sanierungspolitik auf Kosten des Binnenmarktes bewirkt Apathie, Unlust, Leistungsverweigerung, sinkende Arbeitsmoral, „Selbstbedienung“, illegale Tauschgeschäfte und Schwarzarbeit, worunter die Produktion mehr und mehr leidet. So verschlechtern sich die materiellen Lebensbedingungen in Rumänien – auch im Vergleich mit anderen sozialistischen Ländern – immer mehr. Die stetige Steigerung des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung, oder doch wenigstens seine Stabilisierung auf einem Niveau, das sich von der Versorgungslage der vierziger und frühen fünfziger Jahre positiv unterscheidet, wurde von den kommunistischen Regierungen bisher stets als wesentlicher Teil einer erfolgreichen Strategie der Legitimierung ihrer Herrschaft betrachtet. Auf einen ausreichenden Konsens mit der rumänischen Bevölkerung allein aufgrund einer betont antisowjetischen Unabhängigkeitspolitik zu hoffen, ist riskant, und die Stimmung im Lande beweist eher das Gegenteil. Die Mühseligkeiten des täglichen Lebens und der Zorn über eine Regierung, die nicht bereit oder imstande ist, den Werktätigen ein angemessenes Versorgungsniveau zu sichern, überwiegen heute den in den sechziger und siebziger Jahren – unter günstigeren Umständen – noch ausgeprägten Stolz auf eine Politik, die es „den Russen zeigt“.

Wird die rumänische Wirtschaftspolitik der letzten Jahre unter den geltenden außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen als Sackgasse erkannt, dann gilt es, eine praktikable Alternative aufzuzeigen, was offenbar viel schwieriger ist, als Kritik an den bisher angewandten Methoden und deren Folgen zu üben. Wenigstens drei der bislang verfolgten Strategien bedürfen einer gründlichen Überprüfung:

Erstens. Die konsequente Distanzierung von gemeinschaftlichen Vorhaben des RGW mag unter politischen Auspizien bemerkenswert erscheinen, doch würde eine stärkere Einschaltung in die Produktionsintegration und das Zuteilungssystem der sozialistischen Wirtschaftsgemeinschaft unter den

derzeitigen Umständen zumindest kurzfristig mehr Vorteile als Nachteile bieten. Beispiele anderer sozialistischer Länder auf dem Wege von der Agrar- zur Industriegesellschaft zeigen, daß die wirtschaftliche Anlehnung an die Sowjetunion für die Sicherung der Rohstoff- und Energieversorgung wie auch für den industriellen Aufbau erheblichen Nutzen bringen kann. Die bisher in der sozialistischen Region gesammelten Erfahrungen beweisen eher, daß eine Volkswirtschaft mit zentraler Planung und Leitung und mit verstaatlichten Produktionsmitteln geringe Chancen besitzt, im harten internationalen Konkurrenzkampf westlicher Märkte zu bestehen. Die überwiegende Integration in die Weltwirtschaft bleibt somit ausgeschlossen, eine Alternative zur engen Zusammenarbeit im RGW ist daher bei ausgeprägter Außenhandelsabhängigkeit nicht gegeben.

Zweitens. Das Festhalten an hochzentralisierter Wirtschaftsplanung und -leitung mag politische Gründe haben, ist auf Dauer aber unpraktikabel und schädlich. Tiefgreifende Wirtschaftsreformen, die Entscheidungsbefugnisse dorthin verlagern, wo die Voraussetzungen einer vernünftigen Geschäftspolitik überschaut werden, die ausreichende persönliche Leistungsanreize bieten und Privatinitiative belohnen und nicht bestrafen, sind geeignet, die Effizienz einer sozialistischen Planwirtschaft zu erhöhen. Es ist ein Fehler, als notwendig erkannte Systemreformen aus Furcht vor dem Verlust an Parteikontrolle und vor einer zu starken Einkommens- und Vermögensdifferenzierung oder aus ideologischen Bedenken gegen die Reprivatisierung von Produktionsmitteln gerade dort abzu-bremsen, wo sie ihre Wirksamkeit erst entfalten könnten. Wie problematisch, langwierig und oft auch entmutigend dieser Weg sein kann, zeigt Ungarns Beispiel. Für die Wiedergesundung der rumänischen Wirtschaft, die Sicherung der Zahlungsfähigkeit und eines stetigen Produktionswachstums ist eine grundlegende Reform der Wirtschaftsordnung notwendig.

Drittens. Rumäniens Strategie der forcierten Tilgung von Auslandsschulden sollte angesichts der Zahlungsmoral anderer Schuldnerländer in der Welt und ihrer vielen fröhlichen Esser auf Pump unser Respekt nicht versagt bleiben. Dennoch kann man der rumänischen Wirtschaftsführung nur empfehlen, die Tilgungspolitik nicht ausschließlich außenpolitischen Erwägungen unterzuordnen. Ökonomisches Kalkül spricht dafür, die Tilgung der in konvertiblen Währungen verzinslichen und rückzahlbaren Kredite fortzusetzen, wenn auch in erheblich verlangsamtem Tempo, um der Einfuhr aus den westlichen Industriestaaten im Interesse der Modernisierung der rumänischen Wirtschaft

einen größeren Spielraum zu bieten und um die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern. Der Mut zu neuen Strategien ist also dringend vonnöten, und es ist den Verantwortlichen für Rumäniens Wirtschaftspolitik zu empfehlen, verstärkt auch den Rat jüngerer Nationalökonomien im

eigenen Lande zu suchen. Der rumänischen Wirtschaft, die auf eine eindrucksvolle Entwicklung ihrer Produktivkräfte zurückblicken kann, ist zu wünschen, daß sie den Weg aus der Talsohle findet, ehe es für eigenständige Entscheidungen zu spät ist.

Jiří Kosta: Wirtschaft und Politik der Tschechoslowakei: Das Dilemma des Husák-Regimes

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36—37/87, S. 3—12

Nachdem der Versuch der Systemreform in der ČSSR durch eine militärische Intervention des Warschauer Pakts ein jähes Ende gefunden hatte, versuchte die neue sowjetkonforme Führung unter Gustav Husák einen Kurs der wirtschaftlichen „Konsolidierung“ und politischen „Normalisierung“ zu verfolgen. Sie schloß mit der Bevölkerung einen (ungeschriebenen) „Kaufvertrag“, in welchem die herrschende Elite den Bürgern des Landes einen akzeptablen Lebensstandard gewährleistete und dafür die Hinnahme ihres Anspruchs auf Monopolherrschaft erreichte. Zwar erzielte das Regime bis Mitte der siebziger Jahre in der Wirtschaft eine Normalisierung und Wiederbelebung; der darauffolgende wirtschaftliche Abschwung stellte aber eine Verletzung des „Kaufvertrags“ dar, deren Ursache in den altbekannten Funktionsmängeln der Zentralverwaltungswirtschaft lag. Die Bevölkerung reagierte auf diese „Vertragsverletzung“ mit einer stärkeren Prononcierung allgemeinpoltischer Probleme und einer kritischeren Haltung gegenüber dem System. Das Husák-Regime hielt auch noch Mitte der achtziger Jahre an der Devise fest, man müsse das System der zentralen Planwirtschaft zwar „vervollkommen“, jedoch keineswegs radikal „reformieren“.

Durch den Führungswechsel in der Sowjetunion erhielten die Probleme der ČSSR eine neue Qualität, da einerseits Gorbatschows Postulate nach „Offenheit“ und „Umgestaltung“ der tschechoslowakischen Bevölkerung entgegenkommen und andererseits die Diskussion über Ausmaß und Inhalt notwendiger Wirtschaftsreformen eine neue Dimension erhalten hat. Zwar sind seit Gorbatschows Besuch im März 1987 auch in der ČSSR vorsichtige Öffnungstendenzen erkennbar, aber der Erfolg einer wie auch immer garteten Abkehr vom traditionellen, imperativen Planzentrismus wird mitbestimmt werden von der Antwort auf die Frage nach der Verbindung von Wirtschaftsreform und Demokratisierungsprozeß.

Hubertus Knabe: Der Kadarismus und seine Auswirkungen auf das politisch-soziale System in Ungarn

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36—37/87, S. 13—25

Die Reformbestrebungen in der Sowjetunion und China lassen die Erfahrungen der Volksrepublik Ungarn mit einer Politik begrenzter Reformen, die über einen relativ langen Zeitraum hinweg wirksam wurde, bedeutsamer denn je erscheinen.

Im vorstehenden Beitrag werden die Entstehungsbedingungen des Reformkommunismus unter János Kádár untersucht und es wird der Frage nachgegangen, ob dieser als Modell eines liberalen Sozialismus gelten kann. Im Mittelpunkt stehen dabei die Modifikationen am politisch-sozialen System, die bei der westlichen Diskussion über die ungarischen Wirtschaftsreformen kaum näher betrachtet werden. Zu diesem Zweck wird in einem ersten Abschnitt der widersprüchliche Entwicklungsweg des ungarischen Reformsozialismus nach der gewaltsamen Niederschlagung des Volksaufstandes von 1956 dargestellt, um dann verschiedene Elemente des politischen Systems (Partei, Jugendverband, Gewerkschaften, Volksfront, Medien, Kirchen, unabhängige Bestrebungen, Opposition) und ihr Funktionieren im heutigen Ungarn zu analysieren. In einem letzten Teil wird eine thesehafte Bewertung des „Kadarismus“ versucht, der nach Auffassung des Verfassers wegen seiner spezifischen Ausgangsbedingungen nur sehr beschränkt übertragbar ist. Es werden die inneren Widersprüche einer gebremsten Reformpolitik und ihre schwindende Integrationskraft in der von einer tiefen Wirtschaftskrise betroffenen ungarischen Gesellschaft beschrieben. Der Autor schließt mit der Feststellung, daß das System des Kadarismus mehr als dreißig Jahre nach seiner Installierung seinen historischen Endpunkt erreicht hat; das Urteil über den ungarischen Weg werde davon abhängen, welche Richtung das Land nach der Ernennung eines Nachfolgers für den 75 Jahre alten Parteichef einschlagen wird: konsequente Verwirklichung ökonomischer und politischer Reformen zur Lösung der Probleme — oder Zuspitzung der Widersprüche mit möglicherweise ähnlichem Ausgang wie in Polen?

Roland Schönfeld: Rumänien: Hoher Preis der Autonomiepolitik

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 36—37/87, S. 26—37

Beschleunigter Aufbau einer möglichst kompletten Industriestruktur und ausgeprägte Distanzierung vom RGW als Instrumente einer betonten Autonomiepolitik erschwerten in den siebziger Jahren die Anpassung der rumänischen Volkswirtschaft an verschlechterte außenwirtschaftliche Rahmenbedingungen. Die Zahlungskrise 1981/82 war Anlaß einer rigorosen Austeritätspolitik zum raschen Abbau der Hartwährungsschulden, die nicht nur der Bevölkerung schwere Bürden auferlegt, sondern bei weitgehendem Verzicht auf westliche Investitionsgüter und Technologie die Modernisierung der rumänischen Wirtschaft in gefährlicher Weise beeinträchtigt.

Verstärkten sowjetischen Integrationsbemühungen im RGW wird nach wie vor Widerstand entgegen gesetzt, und jede Einschränkung der nationalen Planungsautonomie wird abgelehnt. Darunter leiden auch rumänische Versuche, den Warenaustausch mit den RGW-Partnern zu intensivieren, um den Schwierigkeiten auf dem Weltmarkt auszuweichen. Bisherige Erfahrungen zeigen, daß Volkswirtschaften mit zentraler Planung und Leitung und mit verstaatlichten Produktionsmitteln geringe Chancen haben, im internationalen Wettbewerb westlicher Märkte zu bestehen. Ist die Autonomiepolitik damit gescheitert? Ohne wesentliche Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bleibt die Austerität-Strategie eine Gratwanderung zwischen chronischer Unterversorgung der Binnenwirtschaft und außenwirtschaftlicher Zahlungsfähigkeit.